

# Süddeutscher Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Süddeutscher Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 Mt.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die nebengehaltene Postzeit oder deren Raum 20 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 60 Pfg., auswärtsige Anzeigen 70 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 245.

Montag, den 20. Oktober 1919.

26. Jahrg.

## Monarchistischer Eiertanz.

Wegen der Stellung zur Monarchie ist in der „Deutschen Volkspartei“ ein heftiger Zwist ausgebrochen. Dieses Parteigebilde bildet bekanntlich den Ueberrest der ehemals so stolzen nationalliberalen Partei, deren eine Hälfte unter dem Eindruck der Revolution sich mit den Fortschrittler zur Deutschdemokratischen Partei verband, während der schwerindustrielle Flügel, allein gelassen, unter dem neuen Parteinamen der „Deutschen Volkspartei“ eine neue Firma aufmachte. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung schnitt dieses Gebilde äußerst mäßig ab. Damals war man noch sehr vorsichtig und nahm zu den neuen Ereignissen noch keine ausgesprochene feindselige Stellung. Mittlerweile entwickelte sich aber die noch weiter rechts haltende Deutschnationale Volkspartei zu gefährlicher Konkurrenzgröße, und als diese ganz offen die Wiederherstellung der Monarchie auf ihre Fahnen schrieb, da hielt es die Führer der Deutschen Volkspartei, die Herren Dr. Strefemann und Dr. Heinze, auch ihrerseits für nützlich und ersprießlich, ein paar monarchistische Töne zu blasen.

Aber damit ist man nicht allenthalben einverstanden gewesen. Im Rheinland, wo die Anechtlichkeit der Bevölkerung nie ganz so tief ins Blut gedrungen ist, wie in den ostelbischen Gefilden, erregte das Bekenntnis zur Monarchie bei Anhängern der Deutschen Volkspartei Unwillen, und ihr Hauptorgan, die „Kölnische Zeitung“, warf die Frage auf, welches Interesse denn die Deutsche Volkspartei daran habe, bei den nächsten Wahlen den Stoß der Linken gegen rechts aufzufangen. Dieses Blatt scheint überhaupt der Ansicht zuzuneigen, daß auch die Deutsche Volkspartei einen Wahlkampf gegen rechts zu führen habe und nicht so weit von den bürgerlichen Parteien der Linken abrücken sollte.

In diesem Streit sucht die Berliner „Tägliche Rundschau“ zu vermitteln. Sie hält eine geschlossene Front der beiden rechtsstehenden Parteien gegenüber den „nationalen Elementen“ (die nationale Phrase klingt nicht aus!) für durchaus geboten. Jede Spaltung würde „den nationalen Gedanken abträglich“ sein. Und über die Frage der Monarchie brauche man doch gar nicht zu streiten. Denn, so sagt die „Tägliche Rundschau“:

In Wirklichkeit gibt es doch in beiden rechtsstehenden Parteien ernsthaft keinen Politiker, der heute oder morgen die Monarchie wieder aufrichten möchte, und wenn morgen die rechtsstehenden Parteien bei Wahlen die Mehrheit erzwingen, dürften sie kaum übermorgen den Thron wieder aufrichten. Wenn die „Köln. Ztg.“ sagt, „alle Bestrebungen, unter den heutigen Zuständen zur Monarchie zurückzuführen, bedeuten nicht den Frieden, sondern neuen Krieg nach innen und außen“, so ist eine solche Auffassung, von ihrer übertriebenen sonstigen Formulierung abgesehen, durchaus gegenstandslos, weil, wie gesagt, „unter den heutigen Zuständen“ niemand zur Monarchie zurückkehren will. Wir glauben auch nicht, daß es einen Hohenzollern geben dürfte, der die Wiederaufrichtung der Monarchie unter den heutigen Zuständen für wünschenswert hielte.

In diesen Sätzen liegt ein sehr beachtenswertes Geständnis. Die Monarchisten wollen heute den Thron nicht aufrichten, selbst wenn ihnen ein — freilich undenkbarer — Ausfall der Wahlen die vollkommene gesetzliche Möglichkeit dazu bieten würde. Warum das?

Die Monarchisten wissen ganz genau, daß die Monarchie unter den heutigen Zuständen nicht besser regieren könnte als die Republik. Sie, die in der Agitation die Schuld an den jetzigen Zuständen immer der Revolution und der Republik in die Schuhe schieben, sind in ihrem Innern noch niemals einen Augenblick darüber im Zweifel gewesen, daß wir in Wirklichkeit unter den Folgen des verlorenen Krieges leiden, und daß eine Monarchie noch viel weniger als die Republik irgend einen Aufschwung oder Aufstieg herbeiführen könnte. Deshalb wollen sie keine Monarchie vor der Hand einsehen, — ehe nämlich nicht die Republik das schlimmste Chaos überwunden hat. Viel lieber wollen sie die jetzigen Zustände agitatorisch gegen die Republik ausnutzen, wobei sie auf die Urteilsunfähigkeit weiter Kreise spekulieren. Erst, wenn die Republik mühsam Ordnung geschaffen hat, dann soll die Monarchie in das fertige Nest gesetzt werden, um dann das Verdienst an den besseren Zuständen für sich in Anspruch zu nehmen.

Schlau ausgedacht! Aber es muß dafür gesorgt werden, daß die Weigerung der Monarchisten, die Monarchie einzusehen, selbst wenn sie es jetzt könnten, im ganzen Volke bekannt wird. Denn diese Weigerung enthält das offene und klare Zugeständnis, daß die Monarchie von ihren eigenen Anhängern für unfähig erklärt wird, in der jetzigen Lage besser zu regieren und zu wirtschaften, als dies die Republik tut.

## Deutsche Nationalversammlung. Arbeiterfragen.

In der Weiterberatung des Etats des Arbeitsministeriums brachte Genosse Müller-Potsdam in breit angelegter Rede ins Einzelne gehende Vorschläge für den Ausbau des Rentenwesens, sowie der Sozialversicherung und der Invalidenunterstützung vor. Nach einem Zentrumsmanne sprach noch eine Deutschnationale, so redet der Typus der kon-

servativen Frau im besten Sinn des Wortes, festhaltend an dem Bestehenden, ohne Verständnis für die Zusammenhänge der Zeit und ihrer Forderungen. Reichsarbeitsminister Schlichte hat in programmatischer Rede um Bewilligung des Etats. Er wies darauf hin, daß in der kurzen Zeit die Schäden von Jahren nicht geheilt werden können, und entwickelte seine Pläne in bezug auf Arbeitsrecht, Arbeitsnachweis, Arbeitsvermittlung und Arbeiterversicherungen, die entsprechend der überragenden Bedeutung, die der Arbeiterschaft heute zukommt, ausgebaut werden sollen. — Als hierauf der „unabhängige“ Eichhorn, der berüchtigte frühere Polizeipräsident von Berlin, zu Wort kam, verließen sämtliche Abgeordnete gleichzeitig mit dem Arbeitsminister Schlichte und seinen Beamten demonstrativ den Sitzungssaal. Herr Eichhorn, dem man die Erregung anmerkte, mußte vor leeren Bänken sprechen, zurückgeblieben waren allein sechs seiner Parteigenossen und Genosse Löbe.

Im ganzen eine nüchterne Tagung, die aber in ruhigen Bahnen viel Sachlichkeit bot.

Berlin, den 18. Oktober 1919.

102. Sitzung.

Am Regierungstisch: Schlichte.

Das Haus ist ganz schwach besetzt.

### Das Reichsarbeitsministerium.

Die Aussprache über den Haushalt des Reichsarbeitsministeriums wird fortgesetzt.

Abg. Müller-Potsdam (Soj.). Das Reichsarbeitsministerium hat manche Erfolge zu verzeichnen, doch sind bei keinen Arbeiten allzu oft Einflüsse von außen zu merken. Das Betriebsrätegesetz läßt allzu lange auf sich warten. Wir werden darauf sehen, daß der Eintritt der Demokraten in die Regierung keine Verhandlung des Gesetzes zur Folge hat. Auch die Vorlagen über die Bezirksarbeitsräte und den Reichsarbeitsrat hätte der Nationalversammlung früher vorgelegt werden müssen. Von einer zwangsweisen Ablösung der Invalidenrenten bis zu 25 Proz. raten wir ab. Man soll, wie bei den Unfallrenten, den Rentenempfängern die Freiheit lassen, zu erklären, ob sie sich absetzen lassen wollen und nicht zwangsweise absetzen. Die Umgestaltung der Reichsarbeitsversicherungsordnung ist notwendig. Die Sparlichkeit darf sich nicht gegen die Rentenempfänger richten. Wir bedauern, daß die „Unabhängigen“ den Antrag auf Kommunalisierung des Heilwesens dadurch zu Fall gebracht haben, daß sie sofortige Annahme verlangten. Die Versicherungsanstalten müssen in die Lage gebracht werden, den an sie gestellten Forderungen gerecht werden zu können. (Lebh. Beifall bei den Soj.)

Abg. Tremmel (Z.): Wir begrüßen die Schaffung des Reichsarbeitsministeriums mit Rücksicht auf die großen Aufgaben, vor die uns der Wiederaufbau unseres Vaterlandes stellt. Eine der wichtigsten Aufgaben ist die Schaffung eines Arbeiters, Beamten- und Angestelltenrechtes. Dem Reichsarbeitsministerium müssen zur Bekämpfung des Terrors wirksame Mittel zur Verfügung gestellt werden. Wir lehnen jede Diktatur oder Gewalt Herrschaft ab, ob sie von rechts oder von links kommt. (Sehr richtig!) Wucher und Schleichhandel muß energig bekämpft werden. Das Rätegesetz ist nicht nur eine Folge der Revolution, sondern auch der früheren Unterlassungsünden.

Abg. Fr. von Gierke (D.): Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik müssen miteinander im Einklang stehen. Das Arbeitsministerium soll kein Ministerium für die Arbeiter, sondern für die Arbeit sein. Die Sozialdemokratie hat es nicht verstanden, das Volk zu einer höheren Auffassung des Wertes der Arbeit zu erziehen. Früher arbeitete man langsam, aber sicher. Heute geht man den schwersten Fragen mit Ueberstürzung zu Leibe. Von unserer Zeit wird es später einmal heißen: Itz, aber schlecht. Man kann nicht reinmachen, wenn das Haus brennt. Welche Pläne hat das Reichsarbeitsministerium zur Förderung der Arbeit nach weise? Die Schulpflicht muß auf das 15. Lebensjahr ausgedehnt werden, der Besuch des Fortbildungsunterrichtes für Jugendliche beiderlei Geschlechtes obligatorisch sein. Das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben darf nicht zum Mitregierungsrecht werden.

Reichsarbeitsminister Schlichte: Die sozialistische Regierung kann nicht sogleich das gut machen, was fünf Jahre verdorben haben. Die Entlassungen, die Entbehrungen, der seelische Druck des fünfjährigen „Stahlbades“ haben das deutsche Volk verdorben. Bei der Neuordnung des Arbeitsrechts wird ein Ausschuß zur Vorbereitung der Vorlage gebildet, zu dem sachverständige Mitarbeiter, Damen wie Herren, herangezogen werden sollen. Einzelne Materien müssen aber vorweg genommen werden: die Einrichtung von Arbeitsnachweisen, die Arbeitsvermittlung und die Arbeitsversicherung. Eine Reichszentrale für Arbeitsvermittlung muß schleunigst in Gang gesetzt werden. Die Erwerbsloseunterstützung kann nur durch eine strenge Kontrolle abgebaut werden, aber gleichzeitig müssen Einzelstaaten und Gemeinden viel mehr für die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten sorgen. Es ist beabsichtigt, Winterbeihilfen für besonders bedürftige Arbeitslose für die Monate November bis März, einschließlich zu gewähren. Ich bekämpfe jeden Terror, doch steht mir leider keine Exekutive zu. Die Einzelregierungen haben es oft an der nötigen Energie fehlen lassen. Ein Neuaufbau des Schlichtungswesens ist in seinem ersten Entwurfe fertig und wird der Versammlung in nächster Zeit vorgelegt werden. Die Wahrung des Koalitionsrechtes muß den Betriebsräten überwiesen werden. Für die Tarifverträge müssen künftige Lebenshaltung und Lohnstatistik die Grundlage bilden. Eine umfassende Revision der Reichsversicherungsordnung ist vorgelegen. Die soziale Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge ist Aufgabe des Reichs unter Mitwirkung der Länder. Am 1. Oktober ist das gesamte militärische Versorgungs- und Sanitätswesen dem Reichsarbeitsministerium angegliedert worden. Das Versorgungsweien steht vor dem Zusammenbruch. Der alte Organisationskörper muß durch sozialen Geist belebt werden. Dringend nötig ist die Neuregelung des

Versorgungsweiens für Offiziere und Mannschaften, Hinterbliebene usw. Noch in diesem Winter wird eine Vorlage kommen. Die Frauarbeit muß im Interesse der Gesundheit und Bevölkerungspolitik neu geregelt werden. Ich beabsichtige, darüber und über die weitere Anstellung von Frauen in öffentlichen Diensten mit Vertretern von Frauenvereinen eine Konferenz im Ministerium abzuhalten.

Um 10 Uhr erteilt Präsident Fehrenbach dem Abg. Eichhorn (NS.), dem früheren Berliner Polizeipräsidenten, das Wort. Darauf verlassen die wenigen im Saale anwesenden Abgeordneten mit dem Minister und seinen Geheimräten den Saal. Im Sitzungssaal verbleiben nur noch 6 „Unabhängige“, 2 Regierungskommissare, und der sozialdemokratische Vizepräsident Löbe.

Abg. Eichhorn (NS.): Ich weiß nicht, aus welchen Gründen man den Saal verläßt. Wenn das ein Protest gegen meine Person sein soll, so ist das eine sehr kindliche Maßregel. (Zuruf der U.-Soj.: Unvernunft! Dummheit!) Ich rede nun zu meinen Parteigenossen und zur breiten Öffentlichkeit. Will man Protest erheben gegen meine Tätigkeit als Berliner Polizeipräsident, so stelle ich fest, daß ich nur meine Pflicht als revolutionärer Arbeiter getan habe. Die Verleumdungen und Beschimpfungen, die man mir nachgesagt hat, und die durch die Flucht aus dem Saale unterstrichen werden sollen, sind erbärmliche Lügen und werden nicht zur Wahrheit dadurch, daß man sie von der Pressebühne aus durch Zwischenrufe unterbreicht, was der Präsident absichtlich überhört.

Präsident Fehrenbach verbittet sich entschieden diese Bemerkung.

Abg. Eichhorn (NS.): Die jetzige Regierungspolitik ist darauf eingestellt, die Kapitalistenherauskunft zu fördern. Herr Minister Schlichte hat es auch für angebracht gehalten, sich zu entfernen; er hat mich damit beleidigt, und da ich Abgeordneter bin, auch das Parlament. Er war einmal Arbeiter und stand an der Spitze einer großen Arbeiterorganisation, aber er ist darin unmöglich geworden und mußte den Vorstoß abgeben. Jetzt ist er Minister in einem bürgerlich-kapitalistischen Kabinett. Es wird noch jenseit kommen, daß jeder Streit verboten wird. Angeht die Verhältnisse, unter denen ich hier spreche, will ich darauf verzichten, auf alle Einseitigkeiten des Etats einzugehen, über die ich mir vorgenommen hatte, zu sprechen. Dr. Redner behauptet im besonderen den Wochentag und die Frage der Arbeitslosenversicherung. Die Arbeiter werden sich nicht zu geistigen Heuloten machen lassen.

Um 10 Uhr ist die Rede Eichhorns beendet. Es treten nur wenige Abgeordnete wieder in den Saal.

Abg. Senke (NS.) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses. (Heiterkeit.)

Montag 1 Uhr Weiterberatung, Reichsarbeitsministerium. Schluß 5 1/2 Uhr.

## Die Verzögerung des Ratifikationsaustausches.

Das Hindernis bildet die Befehung der Abtimmungsgebiete.

(WZ.) Versailles, 19. Oktober. Der Fünferat beschloß sich in seiner gestrigen Sitzung mit den Maßnahmen, die sofort nach Inkrafttreten des Friedensvertrages ergriffen werden müssen. Es handelt sich hauptsächlich um die Verteilung der interalliierten Streitkräfte zur Befehung der Gebiete, in denen Vollsabstimmung stattfinden soll, und derjenigen, die unmittelbar nach Inkrafttreten des Vertrages aus deutschen in anderen Besitz übergehen. Nach den der Presse zugegangenen Mitteilungen soll erst, wenn die dabei in Betracht kommenden militärischen Maßnahmen vorbereitet sind, der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgen.

## Amerika und die Ratifikation.

U. London, 19. Oktober. Die Republikaner für einen Sonderfrieden mit Deutschland. Wie aus Washington gemeldet wird, wird die republikanische Mehrheit möglicherweise ernsthaft darauf bestehen, einen Sonderfrieden zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland abzuschließen, falls der Austausch der Ratifikationen zwischen Frankreich, England, Italien und Deutschland stattfindet, bevor Amerika den Friedensvertrag ratifiziert hat.

Die südamerikanische Republik Uruguay hat am 16. Oktober den Friedensvertrag mit Deutschland ratifiziert.

## Weltrevolution.

Wir lesen in der „Freiheit“ daß in den Vereinigten Staaten und in Japan die Arbeiterbewegung sich noch in den ersten Anfangsstadien befindet.

Da kann es ja nicht fehlen, daß die Weltrevolution demnächst ausbricht und zum Siege gelangt.

## Die Kämpfe um Petersburg.

Das in Berlin erscheinende russische Blatt „Prishw“ veröffentlicht folgenden Bericht des Generals Jubenitsch: „Krasnaja Gorla, Dranienbaum und Peterhof sind von unseren Truppen durchschritten. Die Küste des finnischen Meerbusens ist vollständig von den Bolschewisten geäubert. Unsere Truppen haben die Stadt Petersburg selbst vom Süden erreicht und stehen im Weichsel der Stadt in Straßenkämpfen. Das englische Geschwader ist in die Newamündung eingefahren.“

Die „Times“ vernehmen aus Helfingsfors unterm 18., daß die Gerüchte betreffend die Befehung von Kronstadt und Petersburg und die Ertränkung von 27 000 Geiseln durch die Bolschewisten noch nicht bestätigt sind.

Der finnische Generalkriegsminister meldete Sonnabend, daß in Kronstadt alles ruhig war. Die Kanonen von Kronstadt waren Mittwoch abend und Donnerstag morgen noch in Tätigkeit. Man wußte jedoch nicht, wer Herr der Festung war.

### Strahlenkämpfe in Petersburg.

Nachrichten zufolge, die von der Petersburger Front in Helingsfors eingetroffen sind, rüsten die Bolschewisten zu einer Gegenoffensive. Sie ziehen starke Truppenmassen bei Petersburg und bei Isora zusammen. Aus Petersburg werden Strahlenkämpfe gemeldet.

## Frankreich hält die deutschen Gefangenen als Geiseln fest!

Zur Frage der Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen schreibt „Liberte“: Man kann nicht sofort 450 000 Kriegsgefangene freilassen. Die jetzt am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete arbeiten. Sie seien zugleich Geiseln für die Innehaltung der Friedensbedingungen durch Deutschland. Vor ihrer Heimkehrung sei von Seiten Deutschlands eine Garantie nötig, daß an ihre Stelle andere Arbeiter geschickt werden. Wegen der schwierigen Transportverhältnisse könne die französische Regierung auch nicht den Tag festlegen, an dem der Rücktransport beginnen kann. Alles, was in der Welt noch menschlich ist, sollte in schärfster Form dagegen protestieren, daß Frankreich gewillt ist, die Qualen unserer armen Gefangenen noch zu verlängern.

## Proteststreik gegen die belgische Besatzung.

Gegen das Verhalten der belgischen Besatzung auf der linken Rheinseite ist ein Proteststreik proklamiert worden, der sich immer weiter ausdehnt. Die Belgier haben von vier Bergwerken und des Kruppischen Werkes in Rheinfelden, das bis auf die Verrichtung der Notstandsarbeiten stillgelegt, sind daran beteiligt. Einige Straßenbahnlinien haben den Betrieb eingestellt, die Gewerkschaftshäuser und Gastwirtschaften sind geschlossen, nur die Lebensmittelgeschäfte geöffnet. Die Zahl der Streikenden beträgt 20 000. Ihre Forderungen sind: freier Verkehr mit dem übrigen Deutschland, Entlassung der Besatzungstruppen aus den Arbeitsstätten, strenge Verfolgung der geistlichen Übergriffe, Freilassung der aus politischen Gründen Verhafteten, bessere Lebensmittelpflichterzorgung und Beseitigung des Schieberturns. Die Rheinländer haben sich mit den Streikenden solidarisch erklärt und drohen im Fall, daß gegen sie mit Gewalt vorgegangen wird, die Rheinisch-Westfälische Stilllegung, wodurch die Kohlenlieferungen an die Entente unmöglich würden.

## Das Uebergangsgesetz für Elsaß-Lothringen.

2. II. Paris, 18. Oktober. Das Gesetz betreffend die Uebergangsregierung für Elsaß-Lothringen ist heute morgen im Staatsanzeiger veröffentlicht worden. Nach den Bestimmungen dieses Gesetzes bleiben die beiden Provinzen unter der unmittelbaren Verwaltung des Ministerspräsidenten. Sie werden jedoch in drei neue Departements eingeteilt, nämlich in Unter-, Ober-Elsaß und Lothringen. Sie werden fortan heißen: Departement des du Rhin, du Haut Rhin und de la Moselle. Diese Departements werden 24 Volksvertreter und 14 Senatoren abordnen, jedoch die neue Kammer aus 626 Abgeordneten bestehen wird, gegen 602 in der alten Kammer, und der Senat aus 314 gegen früher 300.

## Die Verleumdungen über das Verhalten der Regierung in der Kriegsgefangenenfrage.

Der Reichskanzler hat, wie die „F. F. N.“ erfahren, am 18. Oktober an den Hög. Löffl (Breslau) ein Schreiben gerichtet, indem er sich erneut mit der Verleumdung beschäftigt, die der Studienreferendar Kromphardt in einer Magdeburger Versammlung über die Stellung des Kanzlers zur Heimkehr der Kriegsgefangenen ausgebreitet haben soll. Reichskommissar Stücken hat bereits öffentlich festgestellt, daß der Kanzler natürlich niemals eine solche oder eine ähnliche Äußerung getan hat, sondern alles was auf deutscher Seite zur Rückkehr der Kriegsgefangenen geschehen kann. Die Ermittlungen haben nunmehr ergeben, daß der Studienreferendar Kromphardt die verleumderische Äußerung gar nicht getan hat.

Dagegen ist unter anderen Briefen von Kriegsgefangenen auch ein Brief vorgelesen worden, in dem ein Gefangener schreibt, er habe gesehen, daß der Regierung nicht viel an der Rückkehr der Gefangenen liege. Zunächst ließ sich nicht feststellen, wo der Gefangene diese anstößige Behauptung gemacht hatte. Aus England zurückgekehrte Gefangene teilen nunmehr mit, daß es sich um eine Nachricht in der Londoner „Daily Mail“ aus dem Dezember 1918 oder Januar 1919 handele, in der dem damaligen Staatssekretär Baur diese Äußerung unterworfen wurde. Der deutsche Korrespondent der „Daily Mail“ hat versichert, daß er eine solche Äußerung nicht an eine Zeitung geschickt habe.

Die Beurteilung des Verhaltens der englischen Zeitung kann demnach der Öffentlichkeit überlassen bleiben.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

**Sozial-Attasche bei den skandinavischen Gesundheitsämtern.**  
Kochend seit einiger Zeit der frühere Redakteur am Gewerkschaftsamt, Wilhelm Jensen, als Sozial-Attasche zur sozialistischen Gesundheitsämtern in Berlin übergetreten ist, wird auch, wie die „F. F. N.“ erfahren, die norwegische Gesundheitsämtern in Berlin einen Sozial-Attasche bekommen. Mit der Wahrnehmung des Postens ist der Adokat Karl Sonnenie betraut worden, der in Rotterdam vor allem durch seine Tätigkeit als Vorsitzender der norwegischen Liga für Völkerverständigung bekannt geworden ist.

### Der parlamentarische Untersuchungsausschuß.

Wie die „F. F. N.“ von parlamentarischer Seite erfahren, hat der zweite Untersuchungsausschuß das Untersuchungsausschüsse folgende Forderung in der Tagesordnung seiner ersten öffentlichen Sitzung am morgigen Dienstag vorgenommen: Die Vernehmung

des ehemaligen Vorkämpfers in Washington, Grafen Bernstorff, wird bereits in der ersten öffentlichen Sitzung am Dienstag vor-mittag stattfinden und zwar im unmittelbaren Anschluß an das Referat des Berichterstatters Dr. Singheimer. Einladungen zum Erscheinen in dieser öffentlichen Sitzung sind an folgende Persönlichkeiten ergangen: von Bethmann-Hollweg, von Jagow, Zimmermann, Helfferich, von Capelle und Ludendorff.

### Die Kundgebung gegen Eichhorn.

Wie die „F. F. N.“ aus parlamentarischen Kreisen erfahren, ist die spontane Kundgebung der Nationalversammlung am Sonnabend gegen den „unabhängigen“ Abgeordneten Eichhorn lediglich als ein Protest gegen das vorkühnliche Treiben des ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten und nicht etwa als ein Bannfluch gegen die Fraktion der „Unabhängigen“ aufzufassen.

### Das Programm der Deutschen Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei — die früheren Nationalliberalen um Stresemann — sind Sonntag zu einer Art Parteitag in Leipzig zusammengetreten. Der Vorsitzende Geheimrat Kahl betonte in seinen einleitenden Worten, daß die Deutsche Volkspartei eine Gegenrevolution nicht wolle, daß sie sich aber um-möglich von der großen geschichtlichen Vergangenheit Deutschlands trennen könne. Die Deutsche Volkspartei wolle einen Staat des Friedens und der Gerechtigkeit. Da in der Deutschen Volkspartei die Großindustriellen den Ton angeben, kann man sich ungefähr denken — wenn man es nicht schon aus der Zeit vor dem Kriege mühe — wie dieser „Staat des Friedens und der Gerechtigkeit“ nach dem Muster der Deutschen Volkspartei aussehen würde. Nach Kahl sprachen dann noch Generaldirektor Böglitz, M. d. R., über Arbeitsgemeinschaft, Abg. Leidig-Berlin über Volkstum und Familie und Gymnasialdirektor Dr. Boelitz über Schule und Volksbildung. Diese Reden bildeten in ihrem Zusammenhange ein still Parteitagsprogramm, wie es in dem vom Zentralvorstand der Partei vorgelegten Grundrissen zum Ausdruck kam. Dr. Stresemann beantragte, den Entwurf dieser Grundrissen anzunehmen. Der Parteitag erhob auch diesen Antrag einstimmig zum Beschluß. Die markantesten Stellen des deutsch-volksparteilichen Parteiprogramms sind:

„Die Deutsche Volkspartei erstrebt eine politische und wirtschaftliche Volkserziehung. Sie wird den Wiederaufbau des Reiches mit allen Mitteln fördern. Daher wird sie sich in dem Rahmen dieser politischen Grundrissen einer Zerkleinerung und Zerstückelung widersetzen. Die Deutsche Volkspartei fordert die Wiederherstellung der ruhmvollen schwarz-weißen Reichsfarben. Sie erhebt in dem durch freien Beschluß des Volkes auf gleichmäßigem Wege aufzurichtenden Kaiserium, dem Sinnbild deutscher Einheit, die für unser Volk nach Geschichte und Weisensart geeignete Staatsform. Verantwortliche Mitarbeit der Volkspartei an der Regierung ohne Ausbeutung der jeweiligen Parteimacht, gilt ihr als wesentliche Grundlage jeder Verfassung.“

### Ist das Schuld der Republik?

In der „Deutschen Tageszeitung“ beklagt sich ein schlesischer Landwirt bitter über die massenhaften Felddiebstähle. Er habe seine Felder besonders gut bestellt, aber das habe nur die Diebe angelockt, deshalb müsse er sich überlegen, ob er nicht künftig den Kulturstand seines Aders zurückgehen lasse, um nicht durch besseren Stand seiner Felder die Diebe anzulocken. Natürlich sei an dem Elend nur die Republik schuld, die unter dem Kuje „Freie Bahn dem Lügigen“ in Wirklichkeit den Dieben und Plünderern freie Bahn lasse.

Wir begreifen den Schmerz des Bestohlenen sehr wohl. Aber sind die Felddiebstähle wirklich erst seit dem 9. November 1918 an der Tagesordnung? Bereits in den letzten Kriegsjahren, also unter der Monarchie, ist bei den Landwirten nach Not und geplündert worden; eine natürliche Folge der allgem. meinen Nahrungsmittelnot, die wiederum auf den Krieg zurückzuführen ist. Den Krieg hat aber weder die Republik angefangen, noch vier Jahre lang fortgesetzt. Die jetzige Nahrungsmittelnot ist auch nur eine Folge des Krieges. Für die Vermüllung seiner Felder hat sich also der geplagte Landmann allein bei Willkür von Amerongen, Ludendorff und ihrem Anhang zu bedanken.

### Auf zwei Köpfen.

Zum Unglück verloren gegangenen Streik der städtischen Hilfsangehörigen in Berlin schreibt die „Freiheit“: „Ob die Streikleitung recht daran tat, nach dem gefällten Schiedspruch zum Streik anzufangen, soll im Augenblick dahin gestellt bleiben.“ Und in den weiteren Ausführungen wird noch einmal die Frage aufgeworfen, ob der Streik nicht unzeitgemäß gewesen sei.

Die Tatsache ist, daß die „Unabhängigen“ in trauriger Gemeinschaft mit dem Magistrat Berlin den unbedingten Streik kräftig niedergeworfen haben. Das hat sie aber nicht gehindert, die Streikenden, die zum Teil ihren Posten verloren haben und jetzt auf der Straße liegen bleiben, eine Entschädigung annehmen zu lassen, wonach der U.S.-F. Fraktion, die sich „voll und ganz“ für die Streikenden eingesetzt habe, Anerkennung und Dank ausgesprochen wird. Lange wird es gleichwohl nicht dauern, bis dieses Spiel des Tragens auf zwei Köpfen durchschaut wird.

### Protest der Ortsgruppe Berlin des „Republikanischen Führer-Bundes“.

In der am 16. Oktober stattgefundenen Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Berlin des R. F. B. wurde nachstehender Entschluß angenommen: „Der R. F. B. erhebt energigsten Protest dagegen, daß sich in letzter Zeit in steigendem Maße Angehörige bezw. ehemalige Angehörige des deutschen Volkes in den Straßen Berlins in Uniform umherziehen, die Hoheitszeichen des zaristischen Rußlands tragen. Solches Verhalten ist nicht nur ungehörig und provozierend, sondern auch in ausgesprochenem Maße unnational und unwürdig eines jeden, sein Volk liebenden deutschen Mannes. Der R. F. B. bedauert auf das Lebhafteste, daß sich besonders deutsche bezw. ehemalige deutsche Offiziere und Unteroffiziere nicht scheuen, auf deutschem Boden Uniform und Hoheitszeichen fremder Staaten, die unserem republikanischen und deutschen Empfinden ins Gesicht schlagen, zur Schau tragen.“

### Wiederaufnahme der Arbeit in den Berliner Elektrizitätswerken.

Sonntag abend um 10 Uhr haben die Rajschmiffen und Heizer der städtischen Elektrizitätswerke die Arbeit wieder aufgenommen und die technische Notthilfe, die bis dahin den Betrieb aufrecht erhalten hatte, wieder abgelöst. Der Besetzung des Streiks waren längere Verhandlungen vorhergegangen. Der Oberbeschäftigter Koste hat für das unter Belagerungszustand stehende Groß-Berliner Gebiet jede wirtschaftliche Schädigung der Angehörigen der technischen Notthilfe und ihrer Familienangehörigen, sowie die Aufforderung und Anreizung zum Boykott verboten.

### Scheidemann als Zeuge.

In der Schmutzgerichtsverhandlung gegen die Leute, die im Januar den „Bormäris“ besetzt hatten, ist Freitag Scheidemann als Zeuge vernommen worden. Er hat unheimlich den Guten der „Unabhängigen“ den Hals umgedreht. Er hat unter keinem Tode schwören, daß es der Regierung nicht im Traum eingefallen sei, den Januar-Putsch zu provozieren, da sie damals nicht einen

Soldaten und nicht eine Kanone zur Verfügung gehabt hätte. Und er hat ebenso die „Ausrede der Angeklagten widerlegt, daß die Regierung sie gewissermaßen als Schutzgarbe des „Bormäris“ gebildet hätte. Die „unabhängigen“ Verteidiger hätten lieber Scheidemann nicht vor Gericht stellen jütieren sollen.

### „Unabhängiger“ Terrorismus gegen einen mehrheitssozialistischen Landrat.

Aus Kassel wird berichtet: Der mehrheitssozialistische Landrat in Schmalkalden wurde bei der ersten Kreisstagung von den „Unabhängigen“, die einen eigenen Landratstandort aufgestellt hatten, tödlich angegriffen. Zwei Bataillone Reichswehrtruppen rückten in Schmalkalden ein.

### Kleine politische Nachrichten.

In einem Aufruf der polnischen Regierung an die aus Oberschlesien geflüchteten Polen wird mitgeteilt, daß die Volksabstimmung in Oberschlesien Anfang Juni nächster Jahres stattfinden wird.

Der bisherige Gewerkschaftssekretär Kuhn aus Erfurt ist als Referent für Arbeiter- und Lohnfragen in das Reichspostministerium übergetreten und hat seine Dienstgeschäfte Sonnabend übernommen.

Der Zentrumsabgeordnete Groeber, dessen markante Erscheinung mit dem langwallenden Bart allen Tribünenbesuchern des Reichstages und jetzt der Nationalversammlung bekannt ist, stürzte Sonnabend vor dem Reichstagsgebäude ohnmächtig zusammen. Abg. Groeber erholte sich rasch unter den Händen eines Arztes und konnte in einem Auto in seine Wohnung gebracht werden. Sein Befinden gibt angeblich zu Besorgnissen keinen Anlaß.

Bei den Wahlen zur Landeskirche in Göttingen erhielt die Liste der Liberalen 10 568, die des positiven Volkskirchenbundes 19 860 Stimmen.

Die „Westminster Gazette“ vom 17. Oktober verzeichnet ohne Kommentar, daß Soli Deutschlands erster Vertreter in England werden soll.

Die Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen hat unter Zustimmung der Regierung beschlossen, den gesamten Personenverkehr an Sonn- und Feiertagen in Sachsen einzustellen. Die Verordnung gilt voraussichtlich vom 26. Oktober ab.

Die französische Kammer hat Sonnabend das Gesetz über die Amnestie angenommen.

Der Vertreter der französischen Arbeiterpartei im Kongreß für internationale Arbeiterrechte in Washington, Souhaud, ist mit seinen sämtlichen Beratern nach Washington abgereist.

Lloyd George teilte in einer Rede in Sheffield mit, daß die englische Regierung seit dem Waffenstillstand 4 Millionen Mann des Heeres und der Luftstreitkräfte demobilisierte, wovon rund 90 Prozent in der Industrie untergebracht sind.

Der chinesische Senat hat das Recht der Deutschen, in Sibirien zu wohnen und Handel zu treiben, wieder hergestellt.

### Oesterreich.

#### Wien vor einer Katastrophe.

Der Wiener Stadtrat hat Freitag einstimmig folgenden, von den Sozialdemokraten eingebrachten Dringlichkeitsantrag angenommen: „Wien steht vor einer unabwendbaren Katastrophe, wie sie gleich grauenvoll nie zuvor einer Großstadt betroffen hat und die unter Aufhebung der ganzen sozialen Ordnung Hunderttausende mit dem Tode bedroht. Diesen jurchbaren Zusammenbruch vermögen wir aus eigener Kraft nicht abzuwenden. In diesem Winter sind wir unbedingt noch auf fremde Hilfe angewiesen. Wenn irgend jemand, so ist Amerika in der Lage, uns Rettung zu bringen. Es ist kein Zweifel, daß das amerikanische Volk, wenn es in Wirklichkeit weiß, was für Wien auf dem Spiele steht, unserem Untergang nicht unaktiv zusehen wird. Es wird der Antrag gestellt, die Gemeinde Wien möge sich unverzüglich mit einem Aufruf an die Bevölkerung und das Parlament von Amerika mit der Bitte um Hilfe wenden.“

### Frankreich.

#### Ausschluß zweier sozialistischer Abgeordneter.

Die sozialistischen Abgeordneten Mauger und Lecointe wurden laut Beschluß des Verwaltungsrats der sozialistischen Partei, weil sie für die Ratifizierung des Friedensvertrages von Versailles gestimmt hatten, aus der sozialistischen Partei ausgeschlossen.

#### Protest gegen die Blockade von Sowjet-Rußland.

Die Liga für Menschenrechte veröffentlicht in der „Humanite“ einen Protest gegen die geplante Blockade von Sowjet-Rußland.

### Serbien.

#### Das neue Ministerium.

Belgrad, 19. Oktober. (Schlawisches Pressebureau.) Gestern wurde die Verordnung über die Ernennung des Kabinetts Davidowitsch unterzeichnet. Als Vizepräsident trat der frühere österreichische Abgeordnete Bientini ein. Trumbitsch erklärte sich bereit, das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheit zu be-wahren.

### Schweden.

#### Demonstration gegen eine Blockade Sowjet-Rußlands.

In Stockholm fand Sonntag vor dem Ministerium gegen Äußerer eine Demonstration der linkssozialistischen gegen eine Teilnahme Schwedens an einer Blockade Sowjet-Rußlands statt. Eine Deputation ersuchte den Minister des Äußerer, Schweden nicht nur an der Blockade gegen Rußland nicht teilzunehmen, sondern vielmehr Verbindungen mit der Republik aufzunehmen. Der Minister erwiderte, daß die Regierung eine genaue Untersuchung der Blockadefrage vornehmen werde.

### Amerika.

#### Kongreß der amerikanischen Staaten.

Der Haager „Nieuwe Courant“ meldet aus Buenos Aires: Der argentinische Minister des Äußerer beruft einen Kongreß aller amerikanischen Staaten ein. Auf diesem Kongreß soll der Vorschlag gemacht werden, die sämtlichen Staaten Amerikas aufzufordern, ein Abkommen zu schließen, durch das der freie Verkehr mit allen Waren und Lebensmitteln eingeführt wird. Auf diese Weise will man eine Verminderung der hohen Preise in die Wege leiten und ermöglichen, daß auch andere befreundete Staaten sich an dem Abkommen beteiligen. Dieses Vorgehen des argentinischen Außenministers wird für außerordentlich wichtig erachtet, da es als der erste Schritt gilt, eine Herabsetzung der Preise in der ganzen Welt zustandzubringen.

Ein Vorkriegsbericht der „Lübeckischen Anzeigen“.

Die Anschließbestrebungen der Provinz Lübeck an unjenseitigen Freistaat haben die Deutschen Nationalen in eine Zwischmühle gebracht. Während die Deutschen Nationalen in Lübeck für eine diesseitige Verbindung eintreten, arbeiten ihre Gesinnungsgenossen in Schleswig-Holstein für den Anschluß an das letztere. Das ist schließlich ihr gutes Recht. Eine zweite Sache ist es aber, ob diese Agitation auf geradem Wege vor sich geht, oder ob krumme Wege benutzt werden, zwischen deren Seiten man zweifelhaftes Schiebung vorzuziehen. Diese sind offenbar geschehen, wie wir bereits vorige Woche in einem Artikel nachgewiesen haben. Die Schieber selbst sind Deutsche Nationalen, ihr Hauptorgan der Abgeordnete D. Herjohren, ein Günstling unseres Amtsblattes, Tonangeber in der Deutschen Nationalen Volkspartei Schleswig-Holsteins.

Einwandfrei nachgewiesen wird diese professorale Quertreiberei in einer Zuschrift aus Schwartau, die allen Lübecker Redaktionen zugesandt wurde und also auch den Tisch der Amtsblattredaktion zierte. Die Anschließfrage hat natürlich weittragende Bedeutung, sie kann nicht vom kleinsten Partei- und Sonderinteressenstandpunkt betrachtet werden. Dieser steht aber bei den um Oberjohren in erster Linie. Da die Schwartauer Zuschrift in der Sache recht hat, und auf Grund dieses Rechtes der Deutschen Nationalen Quertreiber auf den Zahn fühlt, war es für die „Lübeckischen Anzeigen“ eine harte Nuß, die Geschichte zu beschreiben. In der Königstraße hat man zwar schon härtere Nüsse geknackt, aber unseres Wissens ist es dort noch nicht vorgekommen, daß man seine eigenen Parteifreunde ohrfeigte. Wie gründlich dieses geschah, mag der Leser aus dem fettgedruckten Wortlaut der Zuschrift ersehen, der im Amtsblatt einfach weggelassen wurde. Er wird dann klar sehen, wie sich ein ins Wasser geworfener Kubel trocken schüttelt.

Die in der Deutschen Nationalen Volkspartei in der Provinz Lübeck herrschenden Anarxier schwebeln im Triumph, weil es ihnen in ihrem persönlichen Konflikt mit dem Regierungspräsidenten gelungen ist, die in Oldenburg herrschende Mißstimmung gegen den wegen seiner Ansichten über die Angliederung der Provinz Lübeck unbeliebten und unbehaglichen Verwaltungsbeamten für sich auszunutzen und ihm aus seinem Amte zu verdrängen. Aber dieser Erfolg genügt nicht mehr. Jetzt wird der Regierung „Spreizführung“ des Hauptauschusses des Reichstages vorgeworfen, weil sie eine dringende telegraphische Anfrage wahrheitsgemäß nicht aber im Sinne der persönlichen Feinde des Regierungspräsidenten beantwortet hat. Es handelt sich dabei um die Frage, ob die Provinz an das Landesfinanzamt Nordmark II oder an das Landesfinanzamt Mecklenburg-Lübeck angegliedert werden soll. Während das Reichsfinanzministerium die Regelung so vorgenommen hätte, wie es der natürlichen geographischen Lage und den Wünschen der Bevölkerung entspricht, suchte das oldenburgische Ministerium in Verfolgung seiner Politik, die Provinz Lübeck gegen ein Austauschobjekt an Preußen zu verhandeln, den Entwurf des Reichsfinanzministeriums umzuwerfen. Der Abgeordnete Oberjohren, der als Kandidat der Deutschen Nationalen Partei sich so hinustellen mußte, als ob die Interessen seiner nichtpreussischen Wähler bei ihm gleich gut aufgehoben seien, war in den Kommissions- und Ausschussarbeiten einer der Hauptstärker, um auf Kosten der Provinz Lübeck die Schleswig-Holsteinischen Lokalinteressen zur Geltung zu bringen. Er (Man) begründete die Zuteilung der Provinz an Holstein damit, daß beide geschichtlich und kulturell zusammen gehörten. Und dies angesichts der aus allen Kreisen der Bevölkerung kommenden Meinungen, daß der Schwerpunkt unserer Interessen in Lübeck liegt! Ohne sich auf offizielle Äußerungen, ja nicht einmal seiner Partei führen zu können, gaulte der Abgeordnete (man) den Ausschüssen und Kommissionen etwas vor, und als bei offizieller Anfrage die Antwort nicht in seinem Sinne (im Sinne der kleinen Agrariergruppe) ausfällt, da sind seine (ihre) Gesinnungsgenossen groß in der Entzückung, daß die Antwort nicht auf einer Befragung der Bevölkerung beruhe. Die Irreführung liegt also nirgends anders als bei dem Abgeordneten Oberjohren selbst und seinen Befehlshabern. Und letztere beschwerten sich darüber, daß die Regierung bei ihrem eifrig abzugebenden Gutachten nicht die Bevölkerung gehört habe, ausgerechnet beim oldenburgischen Ministerium, welches nachgewiesenermaßen unter Verachtung der Wünsche der Bevölkerung und unter Umgehung aller Verordnungen, ja sogar gegen das eigene Versprechen, zu allen Angliederungsfragen nicht ohne Landtagskommission zu verhandeln, sich mit der preussischen Regierung über die Zuteilung der Provinz zum Landesfinanzamt Nordmark II verhandelt hat. Wie muß man im oldenburgischen Ministerium gelacht haben? Mit geradezu unübertrefflichem Geschick arbeitet die deutsche nationale Parteileitung (arbeiten die agrarischen Sonderwähler) gegen die Interessen der Bevölkerung und der eigenen Anhänger, deren Mehrheit intelligent genug ist, um einzusehen, daß die jeden einzelnen persönlich angehende Regelung der Steuerfragen zu dem schmerzlichen und bequemen in Lübeck, also gewissermaßen an Ort und Stelle, verhandelt werden als in der weit entlegenen Stadt Schleswig, zu welcher Reise man mindestens zwei Tage gebraucht. Und die Wähler werden sich überlegen, ob sie ihrer ausgezeichneten Parteileitung noch weiter folgen werden.

Es ist nicht heiter, wie sich die „Lübeckischen Anzeigen“ aus der Schlinge ziehen und ihre eigene Partei verleugnen? Der Originalbericht gibt es den Deutschen Nationalen Inzippelbild und wir danken uns jedes weiteren Kommentars enthalten, wenn nicht zu allem hin die „Lübeckischen Anzeigen“ selbst den Schellenhaus auspielen. Sie schreiben nämlich einleitend, der einschichtige Teil der Bevölkerung wünscht den Anschluß an Lübeck und geben damit offen zu, daß die Deutschen Nationalen jeder Einsicht ermangeln. Ein Bekenntnis, das wir gern registrieren. Wo die jetzigen Deutschen Nationalen geherrscht haben, da kam es nicht auf die Einsicht, sondern auf die Macht zur Unterdrückung an, da gaulte sie man nicht lange, sondern zeigte die Faust des Herrschenden. Alle Parteien sollen die Notwendigkeit des Anschlusses einsehen, schreibt das Amtsblatt zum Schluß und empfiehlt Abkehr von der agrarischen Minderheit (Nies: den Deutschen Nationalen!), die auf falsche Gleise Lade. Wenn schon die Deutschen Nationalen selbst behaupten, daß sie mit der Volksabstimmung einträulichen treiben, dann haben wir der Selbstcharakterisierung dieser Partei nichts hinzuzusetzen. Nur den Wählern der Provinz müssen wir ans Herz legen, sich dieses Bekenntnis einer schönen Seele zu merken.

Der Streit auf dem Hochofenwerk.

In den letzten Tagen versucht die Direktion des Hochofenwerks, die gesamte Bevölkerung Lübecks durch hartenlange Artikel in sämtlichen Tagesblättern gegen uns Arbeiter mobil zu machen, als sie dieselben des Tarifstreikes zeugt und sie so durch die Blume als direkt „unerfährliche Dampfer“, was Lohnforderungen anlangt, hinstellt. Es sei uns gestattet, auf alle bisherigen Ausführungen Nachfolgendes zu erwidern. Die Direktion operiert in erster Linie mit den Verdiensten der Arbeiter vom September 1919, die ja dem Lohn auf den ersten Anblick als ziemlich hoch erscheinen, im Durchschnitt aber in Wirklichkeit nur der Höhe des zurzeit in Lübeck bezahlten ortsüblichen Tagelohnes entsprechen. Die Direktion versüßt zu sagen, daß die September-Verdienste nur haben herauskommen können, weil von den Wechseln nicht verfahrenen Kollegen 36 Schichtstunden haben verfahren werden müssen, weiter, daß der Lebensunterhalt dieser Leute sich ganz bedeutend teurer gestaltet, als wie nur Tagelohn nicht verfahrenen Arbeiter, sowie daß der Bekleidungsverbrauch der Kollegen auf dem Hochofenwerk wegen der zu leistenden Schichtstunden Arbeiten ein weit höherer ist, als anderswo. Ferner wird nicht darauf hingewiesen, daß es sich zum Teil um Betriebe mit Lebensgefälliger Arbeit sowie um solche, die tatsächlich alle Arbeiter für spezialisierte Arbeit erfordern, handelt. Daß für solche Kategorien natürlich höhere Löhne ge-

zahlt werden als anderswo, dürfte doch nur gerecht sein. Die Angaben der Direktion bezüglich des zu liefernden Kohles an die Verheirateten stimmen auch nur insofern, als es sich um ältere Arbeiter dieser Klasse handelt; die meisten verheirateten Leute sind jedoch erst Ende vorigen oder Anfang dieses Jahres angefangen und erhalten für dieses Jahr nur 53 Zentner bzw. noch weniger Kohle. Was im übrigen die weiteren indirekten Zuwendungen an die Kolonisten anlangt, so sind die Angaben darüber richtig. Bemerkenswert ist jedoch, daß die Kolonistenwohnungen so leicht gebaut sind und eine unheimliche Menge Feuerung beanspruchen; weiter, daß die weit überwiegende Anzahl der Arbeiter in Lübeck zu Hause ist, die angeführten Vergünstigungen also nicht empfängt.

Die Direktion wundert sich, daß ihre Belegschaft trotz eindringlicher Warnungen in den Zustand getreten ist. Sie hätte sich dieses schon vorherzusehen können, wo sie die Forderung der Arbeiterkraft von vornherein als eine Art „Ersparungsversuch“ aufgeföhrt und demgemäß behandelt hat, ohne auch nur den Vorbringen der Arbeiter nach irgend einer Seite hin Gehör zu schenken. Sie wirft der Arbeiterkraft öffentlich „Lübeckbruch“ vor. Diesen Vorwurf müssen wir entschieden zurückweisen, andernfalls von der Direktion behauptet werden müßte, sie habe ihre Arbeiterkraft bei den Verhandlungen, die zum Abschluß des Tarifvertrages bis zum 1. Dezember ds. Js. geführt haben, bewußt falsche Angaben über die, wie behauptet wurde, sichere Verbilligung der Lebensmittel und Bedarfsartikel gemacht. Nur durch bestimmte Zulicherungen solcher Art, die uns Arbeitern in überzeugender Weise beigebracht wurden, wurden wir veranlaßt, statt auf drei Monate für vier Monate abzuschließen. Weiter kommt hinzu, daß es sich bei uns heute nicht um eine Lohnforderung, sondern um Erstrebung einer Anschaffungs- und Wirtschaftsbefähigung handelt, die unseres Erachtens mit dem bestehenden Tarif gar nichts zu tun hat. Allerdings hat diese Forderung mit dem bestehenden Tarif nichts zu tun. Tarifvertrag ebinden! So entschied in einem ähnlichen Falle dieser Tage erst wieder der Schlichtungsausschuss eines Berliner Großbetriebes. (Keb.) Bei den jetzigen Verhandlungen im Schlichtungsausschuss hat die Direktion in erster Linie betont, daß sie die in diesem Jahre ihrer Arbeiterkraft gewährten Lohn erhöhungen immer nur bewilligt habe, um uns Gelegenheit zu geben, die so dringend erforderlichen Neuanstellungen an Bekleidungs- und Haushaltungsmitteln für die Familien machen zu können, sie hat aber nicht erwähnt, daß die bewilligten Lohn erhöhungen immer gleich wieder durch einsetzende Preissteigerungen ausgeglichen, ja sogar fast immer sofort von letzteren überholt worden sind.

Die Zuschrift des Arbeiterausschusses weist ferner auf die notwendigen Neuanstellungen in den Familien und den Geschäftsbereich des Werkes im Betrage von 34 Millionen Mark hin. Die Direktion leiste sich eine Verhöhnung der Arbeiterkraft durch die Behauptung, eine Unterernährung liege nicht mehr vor und die Arbeiterkinder seien wieder dick und fett und hätten hübsches Aussehen. Dann wird weiter auf das Abstimmungsresultat über den Spruch des Schlichtungsausschusses verwiesen und gesagt, es sei das Ergebnis geheimer Abstimmung, die die Direktion stets verlangt habe. Ueber die Stilllegung des Betriebes werde fälschlich behauptet, die Arbeiterkraft sei einfach aus dem Betriebe herausgelaufen und habe alles einfach stehen und liegen lassen! In Wirklichkeit wurde der Direktion erklärt, daß binnen zwei Stunden die Stilllegung erfolgen werde, jedoch für genügend Leute zur Verrichtung der Hoffenarbeiten gesorgt sein werde. Der Angestellten-Ausschuss hat der Direktion diese Meldung gemacht und der Arbeiterkraft erklärt, daß eine Stilllegung des Betriebes früher in so korrekter Weise noch niemals erfolgt sei. Wir fragen, warum nun alle diese Verdrehungen der Tatsachen? Doch nur um Lübecks Bevölkerung gegen uns Hochofenarbeiter aufzuheizen, da wir den Mut gehabt haben, eine unserer Meinungen nach heute gerechte Forderung, über die einige Betriebe der Lübecker Metallindustrie auch bereits mit den Unternehmern verhandelt haben, nach erfolgter Ablehnung mit dem „Ausstand“ zu beantworten! Wir wissen, wir stehen in einem schweren Kampf gegen das Kapital, wir sind jedoch gewillt, diesen Kampf durchzuführen, solange, was da wolle, hierin sind wir Hochofenwerksarbeiter uns dieses Mal einzig ohne Unterlass der Partei.

Weiter wird in dem Schreiben des Arbeiterausschusses gegen die Einsender der Sprechsaalartikel im „Volkboten“ polemisiert und behauptet, in Rückblick seien alle Gewerkschaftler in führender Stellung zu anderer Ansicht über ihren Streik bekehrt. Das Solidaritätsgefühl der Hochofenwerksarbeiter sei so ausgebildet, um jederzeit einen Streik mit dem Kapitalismus auszusuchen. Der eine Einsender stehe im Kapitalistenrod und versuche ein plummes Manöver, wenn er den Streik als unabhängige Sache kempfe. Sie hoffen, daß diese Zeilen dazu beitragen, ihren schwer gefährdeten guten Ruf wiederherzustellen und die Sympathie der Lübecker Arbeiterbevölkerung trotz der verringerten Gaslieferung wieder zu erobern. Der „General-Anzeiger“ habe eine Klärtstellung verweigert. Verhandlungen seien bereits durch Vermittlung des Demobilisationskommissars angeknüpft, die hoffentlich zu einem guten Abschluß gelangen. Eine Schädigung des Allgemeininteresses kenne den Hochofenwerksarbeitern fern, was sich auch daraus ergebe, daß bereits 5000 Zentner Kohle aus dem Deputatquantum freiwillig zur Verfügung gestellt seien, um ihn bedürftigen Einwohnern im Januar für etwa 150 Mk. pro Zentner abzulassen.

Wie wir erfahren, wurden am Sonnabend endlich auch die Gewerkschaftsführer der Metall- und Fabrikarbeiter von den Gewerkschaften in Rückblick in Kenntnis gesetzt. Sonntag morgen fand eine Sitzung mit den Unternehmern, dem Arbeiterausschuss und Gewerkschaftsführern statt, in der es sehr heiß hergegangen ist. Sie war von Unternehmenseite so stark besucht, daß man den Eindruck einer Demonstration gewinnen konnte. Senator Bromme war als Vertreter des Arbeitsamtes erschienen. Die Sitzung tagte bis 1 Uhr mittags und verlief resultatlos. Heute morgen soll ein neues Schiedsgericht unter Vorsitz von Dr. Link gebildet werden. Einen dann gefällten Schiedsspruch sollen die Vertreter der Dienstag tagenden Betriebsversammlung zur Annahme empfehlen.

Ein hanseatischer Demokratentag wurde am Sonntag hier abgehalten. Die demokratischen Bürgerchaftsvertreter der drei Hansestädte trafen sich Vorträge halten über die wirtschaftliche Zukunft und die Verfassung der Hansestädte, über das Betriebsratsgesetz usw. Nach dem „Hamburger Fremdenblatt“ forderte Dr. Böhmert in den hanseatischen Verfassungen ein Gegengewicht gegen das Anwachsen der industriellen Bevölkerung, das er im Referendum (Volksabstimmung über Gesetze) sieht. Der Schwerpunkt des politischen Lebens müsse bei der bürgerlichen Demokratie liegen. Der Hamburger Senator Dr. Peterßen sprach den Sozialdemokraten wirtschaftliche Kenntnis ab (die bezühen nur Demokraten! Keb.), weshalb sei die Stellung der hanseatischen Demokraten von durchschlagender Bedeutung. Dr. Peterßen verteidigt sich zu der Behauptung, seit Roske Ruhe und Ordnung hergestellt habe, seien die Unternehmer wieder Herren im Betriebe. Der Demokratisierung der Betriebe wollen sie sich nicht verschließen, deshalb müßten die Unternehmer beim Betriebsratsgesetz mitwirken, um nicht nachher gezwungen zu werden, das zu tun, was sie jetzt freiwillig tun könnten. Die Bestimmungen über Mitbestimmung im Aufsichtsrat und Einsicht in die Bilanz seien für die Arbeiter nicht vorteilhaft, worüber sie aufgeklärt werden müßten. Daß die Demokraten mehr Gerechtigkeit beizubringen als die auf dem Klassenkampfstandpunkt stehende Sozialdemokratie, behauptete Dr. Peterßen neben anderen dunklen Andeutungen. Darüber zu rechten, ist im Hinblick auf die Vergangenheit der neugeborenen Demokraten überflüssig. In der Nachmittagsitzung betonte Dr. Peterßen weiter, daß die Faktion dem Betriebsratsgesetz im allgemeinen freundlich gegenüberstehe und die Demokratie sich mit den unitarischen Bestrebungen in Deutschland vertragen machen müsse, damit sie in dieser Frage nicht von der Sozialdemokratie ins Schlepptau genommen werde. Dr. Stuhmann sprach über Bürgerium und Revolution, erklärte den vorrevolutionären Bür-

ger als politisch unregelmäßig und mit dem Sozialismus durch die Demokratie bekämpfen. Dr. G. B. B. sprach über die Hansestädte bei den Reichstagswahlen. Senator Dr. Peterßen teilte mit, daß die Wahlkreise verkleinert und eine Reichsliste eingeföhrt würde, durch die führende Männer in den Reichstag kommen könnten. Lübeck werde wohl von Mecklenburg loskommen. — Die Demokraten fühlten sich wieder ganz gewaltig. Man darf aber ihre hochtrabenden Worte nicht so ernst nehmen. Sie werden noch manches Haar in der Suppe finden, wenn sie glauben, durch schillernde Volksfreundlichkeit die Arbeiter über den Äffel barbaren zu führen. Diese werden ihre Rechte schon zu festigen wissen.

Hausangestelltenverband. Eine Familienfeier veranstaltete der Verband für Hausangestellte am Mittwoch, den 22. Oktober, abends um 7 Uhr in der Schwarzen Dohle. Für eine reichhaltige Unterhaltung hat die Vergnügungskommission Sorge getragen.

Kammermusik. Das am Mittwoch stattfindende erste Konzert des am 1. Oktober des Vereins des Musikvereins bestehenden Lübecker Kammer-Musikvereins hat bisher einen sehr artigen lebhaften Zuspruch zu verzeichnen, jedoch nur noch eine kleine Anzahl Eintrittskarten bei Robert zu haben sind. Alle Freunde edler Kunst seien noch einmal auf diese Veranstaltung hingewiesen.

Wert- und Einkreispaquete von Privatpersonen, aufgenommen solche mit Geld, Juwelen und Wertpapieren, nach Berlin Ort (ohne Vororte) werden vom 20. bis einschl. 25. Oktober nicht angenommen.

Schwindler. Gernart wird vor einem hier aufgezeichneten Schwindler, der als Marinefeldat gekleidet geht. Dieser hat einer hier an der Wafenkammer wohnhaften Ehefrau verprochen, Zettel zu besorgen. Um diesen in Empfang zu nehmen, schickte die Frau ihre Kinder mit dem Schwindler fort. Letzterer führte die Kinder nach der Obertrave, wo er sich von ihnen das Geld geholt und mit demselben verschwand.

Diebstähle. Am 18. ds. Mts. ist einem Kaufmann aus Hamburg, der sich in einem hiesigen Hotel aufhielt und etwas angetrunken war, von zwei in Marineuniform gekleideten Männern eine goldene Uhr und seine gesamte Borschaft gestohlen worden. Die Uhr trägt das Monogramm W. B., als Fabrikmarke trägt die Uhr die Aufschrift: Alpinin. — In der Nacht zum 19. ds. Mts. ist aus dem Garten eines Hauses in der Kronsdorfer Allee eine fast neue, ungeschliffene Leiter mit 35 bis 40 Sprossen gestohlen.

Stotfelddorf. Zum Präsidentenwechsel. Es ist erreicht, wird heute die Citique Gardens, Wof und andere Agrarier in der Provinz lazen, wenn sie die Bestatmung des Reichsrats Wilms, des neuen Regierungspräsidenten der Provinz Lübeck, lesen. Ihr Votum von Oldenburg, Ministerpräsidenten Janßen, hat ihren Willen erfüllt, er hat ihnen einen Mann genannt, der ihnen vollständig zu Willen ist. Aber er hat ein weiteres, daß in unserer Provinz eine gut organisierte Arbeiterkraft vorhanden ist, die zur Abwehr bereit steht, die sofort an die Reichsregierung gehen und zum schärfsten Mittel greifen wird. Denn wir können und dürfen uns das Selbstbestimmungsrecht nicht nehmen lassen. Ob die Provinz zu Lübeck oder zu Preußen soll, das soll und muß die Bevölkerung selbst entscheiden, darauf kann uns kein Janßen und kein Wilms hindern! Arbeiter, laßt auf der Hut! Heute hat W. die Brotpreishöhung unterbrochen, morgen kommt vielleicht schon die Milchpreiserhöhung. Andere Agrarier werden nicht eher ruhen, bis sie ihren Willen erfüllt zu halten. Die Freude in ihren Häusern wird groß sein, weil sie den ihnen verhassten Arbeiterrat los sind.

Hamburg. Bei der Wahl unbeförderter Senatoren wurden neben zwei Bürgerlichen sechs Mehrheitsparteilisten gewählt.

Bremen. Die Straßenbahner nehmen die Arbeit wieder auf. In einer am Freitag mittag abgehaltenen Straßenbahnerversammlung wurde den Entlohnungsbedingungen gegen wenige Stimmen zugestimmt. Danach werden die monatlichen Zulagen des Fahrpersonals erhöht und zwar für Verheiratete von 50 Mk. auf 125 Mk., für Ledige von 25 Mk. auf 75 Mk., außerdem wolle die Direktion noch monatlich 15 Mk. aus freiem Ermessen zahlen, so daß der Lohn für Verheiratete 500 Mk. betrage. Die Erhöhung der Löhne tritt mit dem Tage der Wiederaufnahme des Betriebes in Kraft. Dem Fahrpersonal wird ein Vorstoß gezahlt, und zwar den Verheirateten 200 Mk. und den Ledigen 200 Mk., das Vierfache der Erhöhung der monatlichen Zulagen. Die Arbeit wird demnach zu den obigen Bedingungen wieder aufgenommen. Die Direktion hat die Bewährung der Lohn erhöhungen von der Einführung des monatlichen vierteljährlichen Einheitskars abhängig gemacht. Die geplante Sozialisierung der Straßenbahn Bremen wird nicht durchgeführt. Die Sozialisierungskommission ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Uebernahme der Straßenbahnbetriebe durch den Staat mit Rücksicht auf den bestehenden Konfessionsvertrieb zurzeit nur unter Bedingungen durchzuführen ist, die für den Staat eine allzu schwere finanzielle Belastung bedeuten. Die hiesige Nationalversammlung schloß sich dieser Auffassung an.

Oldenburg. Gegen die Lohnspekulation. Das oldenburgische Ministerium wendet gegen die rezenten Lohn erzeuger scharfe Maßregeln an. Einige der Herren, die den Lohn lediglich als Wucherobjekt ansehen und die Not der Müßigen in gewissenloser Weise ausnützen, sind bereits verhaftet worden. Weitere Maßregeln. den Lohn zum Nutzen der Allgemeinheit zu anständigen Preisen herzugeben, sind im Gange.

Neueste Nachrichten.

Sonntagsfahrten zur Befehung der Kohlenm., III. Braunschweig, 20. Oktober. In Hinblick auf die schwierige Lage der Kohlenversorgung haben die Werke der Braunschweiger Kohlenbergwerke die Einführung von Sonntagsfahrten beschlossen, um besonders für die minderebemittelte Bevölkerung Kohlen zu liefern.

Nächtlicher Ueberfall auf das Gefängnis. Braunschweig, 20. Oktober. In der Nacht zum Sonntag wurde in verschiedenen Abteilungen über die Umfassungsmauern hinweg eine Reihe von Handgranaten in den Hof des Untersuchungsgefängnisses am Kemmlerberg geworfen, wobei die Wandmännchen ernstlich gefährdet wurden. Der angegriffene Gefängnis ist nur gering. Die Täter sind in der Dunkelheit entkommen.

Egyptvorbereitungen nach Petersburg. III. Helsingfors, 20. Oktober. In Hinblick auf die große Vorbereitungen zum Export nach Petersburg gehen, hat sich die Mehrheit von der Eröberung der Stadt Braunschweig. Der Zarenrubel, der in voriger Woche nur 45 Pfg. wert war, liegt jetzt auf 150. Der Kersenrubel liegt von 20 auf 92.

Dänaburg von den Letten erobert. III. Aus dem Haag, 20. Oktober. Aus Niga wird telegraphiert, daß am Donnerstag mittag die Festungen Dänaburg und Dänaburg erobert wurden. Militärische Kriegsgesänge erklangen die Angelle. Es wurden 5000 Kriegsgefangene gemacht und viel Material erbeutet. Gleichzeitig fand östlich von Niga bei Jakobstadt ein Kampf statt, in welchem die Letten gleichfalls siegen und Gefangene machten. Die Stadt Niga ist durch das Bombardement sehr beschädigt worden.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedländer. Verleger: Th. Schwart. Druck: F. r. edr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.



## Wir kaufen uns tot!

Es hilft nichts: wir müssen uns ein für allemal mit dem Gedanken abfinden, daß Deutschland in dem unseligen Weltkrieg, zu dem im August 1914 die kriegsbesseren Idealisten wie zu einem freischützlichen Jagen hinausgeritten sind, auf der Strecke geblieben ist, und daß nun überall, wohin wir auch sehen, die Maschinerie ihre Fänge in die blutende Wunde dieses lebendigen Leibes schlägt. Diese Maschinerie kommen nicht etwa nur vom feindlichen Ausland, sie sitzen mitten zwischen uns selbst, und nutzen die Not des Landes aus, um sich gesund zu machen. Ob gerissene Schieber die gesetzlichen Einfuhrbestimmungen umgehen, ob der Rattenhandel Wucherpreise erzeugt, ob Landwirte Schwarzschlachten machen, Brotgetreide an das Vieh verfüttern, die Milch, die den kranken Kindern und Kranken fehlt, in den Schweinetrog geben, Kartoffeln zurückhalten und Getreide über die Grenze verschleppen — überall sind es Mitglieder des eigenen Volkes, die sich auf diese Weise unmenschlich am Mitmenschen verdingen. Kein Wunder, daß da heimlicher Haß den Volkstörper zermühlt und das feste Gefüge der nationalen Einheit unterminiert. Da glaubt sich ein jeder berufen, die Schuldigen zu brandmarken.

Aber der Kreis der Schuldigen ist damit noch nicht ganz erfüllt. Er reicht hinunter bis in die Reihen der geschädigten Konsumenten. Unter diesen selbst gibt es breite Schichten, die tagtäglich Dinge tun, welche nicht weniger schädlich sind und unser Wirtschaftssystem nicht weniger ruinieren als Wucherer, Schieber und struppellose Bauern. Das sind alle diejenigen, die das ohnehin schon entwertete Geld leichtsinnig für solche ausländischen Waren hergeben, deren Kauf geradezu ein Verbrechen an unserer Wirtschaftslife ist. Die meisten wissen garnicht, was sie tun, wenn sie täglich ihr Päckchen englische Zigaretten, 10 Stück für 3,50 Mk. und noch teurer, kaufen, wenn sie ausländische Schokolade, das Pfund für 20 Mk. kaufen, wenn sie in ausländischem Kaffee, das Pfund zu 16 Mk. schwelgen, wenn sie sich reinen Bohnenkaffee, das Pfund zu 15 Mk. leisten, wenn sie französische Seidenstoffe, englische Parfümerien, exotische Schmuckeisen und andere Luxusartikel erwerben, mit deutscher Papiermark bezahlen und durch dieses ins Ausland gehende Papiergeld unsere Valuta draußen noch tiefer herunterbringen, als sie schon steht. Unsere entwertete Papiermark ist gerade durch diesen Massenexport für Luxuswaren so tief gestürzt, daß wir kaum noch imstande sind, zu einem Preise, den man noch verantworten kann, Weiz, Fleisch, Fett und Milch vom Ausland einzukaufen.

Der Binnenländer hat kaum einen Begriff davon, wie es z. B. gegenwärtig an unserer Westgrenze zugeht. Die Westgrenze existiert längs dem Besatzungsgebiet in Wirklichkeit nicht mehr. Sie ist zu einem einzigen ungeheuren „Loch im Westen“ geworden, durch welches ungeheure Ströme von nicht lebensnotwendigen ausländischen Industriefabrikaten hereinströmen, für die umgekehrt ungeachtete Massen von deutschem Papiergeld hinauswandern, die Valuta verwüsten. Jede Luxusmark, die auf diese Weise dort weggeht, bedeutet ein neues Stück Entbehrung an Fleisch, Fett und Milch, die wir dafür nicht nur kaufen, sondern bei besserer Valuta auch bedeutend billiger anschaffen könnten. An dem Loch im Westen kaufen wir uns alles allmählich tot! Mit diesen Luxuskäufen vergiften wir unser Wirtschaftsleben vollends.

Wir kennen die Menschennatur. Wir erinnern uns, daß der große Kant einmal das bittere Wort geschrieben hat: „Der Mensch ist ein Tier, das einen Herrn nötig hat!“ Und wir wissen, daß er mit diesem Herrn die Willenskraft, die Charakterstärke, das Pflichtbewußtsein des Menschen gemeint hat. Es soll uns fern liegen, dem sinnlosen Wahn der geschilberten Luxuslaster mit Moralpredigten heilkommen zu wollen. Aber das muß doch wohl erachtet werden, daß, wenn die meisten Menschen wüßten, was für wirtschaftliches Unheil sie mit diesem leichtsinnigen Ankauf ausländischer Luxusartikel über sich selbst und das leidende deutsche Volk bringen, doch wohl manchem das Gewissen schlagen muß und er seine Aufkäufe auf das geringste Maß einschränken wird. Ueber Zigaretten, Schokolade, Seide und Schmuckwaren, also ausgesprochene Genuß- und Luxusartikel, ein weiteres Wort zu verlieren, lohnt sich nicht. Sie sind zu entbehren und

müssen entbehrt werden; das leuchtet ohne weiteres ein. Dagegen werden wir uns mit unseren Hausfrauen nicht so einfach bezüglich Kaffee und Kaka'o einigen. Sie machen geltend, daß sie in dieser arbeitsamen entbehrungsreichen Zeit auf den beschriebenen Genuß des belebenden Kaffee aromas nicht verzichten möchten; ja sie behaupten, daß die Koffeinwirkung im Verdauungsprozess eine wohlthätige Funktion ausübe. Man wird diesen Einwendungen ein gewisses Verständnis entgegenbringen können, und trotzdem darauf verweisen müssen, daß hier nicht das Kind mit dem Bade ausgeschüttelt zu werden braucht. Es ist jeder deutschen Hausfrau möglich, einen wirksamen Kaffee auf den Tisch zu stellen, der wie früher aus wohlthätiger gebrannter Gerste, Roggen oder Weizen hergestellt ist, unter Zusatz von 10 oder 12 Bohnen echten Kaffees. In den meisten Cafés wird es nicht anders gemacht, wenn man dort auch die Tasse „Mokka“ mit 1,30 Mk. berechnet. Ganz ähnlich steht es mit dem Kaka'o. Dieser gilt bekanntlich schon längst nicht mehr als bloßes Genussmittel, obwohl bekannt ist, daß er nur einen relativen Nährwert hat. Er hat die Eigenschaften der wohlthätigen Belohnung und der Beförderung des Verdauungsprozesses. Die Hausfrauen fragen, was sie z. B. abends den Kindern und den Kranken vorsehen sollen. Do sei der Kaka'o eine wohlthätige Hilfe. Und die verständige Hausfrau, die volkswirtschaftlichen Mahnungen zugänglich ist, weiß sich auch hier zu helfen, indem sie nicht reinen Kaka'o gibt, sondern diesen mit Weizenmehl oder noch besser „Morgentranke“ zu gleichen Teilen (und einer Prise Salz zum Mehl) mischt. Das gibt ein nicht zu teures, wohlthätiges und zugleich nahrhaftes Getränk, das gern genommen wird, und das teure Pfund Kaka'o wird dadurch sorgsam gestreckt.

Alles andere aber — hier muß der Luxusbegriff voll erfüllt werden. Hier muß keine volkswirtschaftliche Schadensseite erkannt werden. Hier muß der sinnlose Trieb des Menschen gezügelt werden. Hier muß die Willenskraft, die Charakterstärke des Einzelnen zum Durchbruch gebracht werden. Kaufen wir weiter wahllos und struppellos, was durch das verhängnisvolle Loch im Westen nur hereinkommen kann, dann bleibt es babel: Wir kaufen uns tot! Wir begehen einen schleichenden wirtschaftlichen Selbstmord, wie der Opiumraucher, der Morphium sich allmählich, aber sicher und völlig zugrunde richtet. Geht sorgsam sparsam um mit der Ausgabe der Papiermark für Luxuswaren, damit wir mit der dann im Kurse wieder steigenden Papiermark umso mehr Fleisch, Fett und Milch vom Ausland für die hungernden und darbenenden Volksgenossen hereinholen können!

## Zum Entwurf des Reichsschulgesetzes.

Im Haushaltsausschuß der Preussischen Landesversammlung hat der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Haenisch, eine vertrauliche Denkschrift über Schule und Reich auf Grund der Weimarer Verfassung mitgeteilt, die er an das Reichskabinett gerichtet hatte; diese Denkschrift ist jetzt für die Veröffentlichung freigegeben worden.

Die Denkschrift geht davon aus, daß alle Schulartikel der Reichsverfassung genauere Festlegung bedürfen. Nach Artikel 143 soll für die Bildung der Jugend durch öffentliche Anstalten gesorgt werden; bei ihrer Errichtung sollen Reich, Länder und Gemeinden zusammenwirken. Die Denkschrift macht darauf aufmerksam, daß die Beteiligung des Reiches vor allem finanziell sein muß. Ohne diese erhebliche Mehraufwendungen für Schulzwecke, die weder Preußen noch die Gemeinden leisten könnten, lasse sich die ganze Verfassung nicht durchführen.

Nach Artikel 143 Absatz 1 soll die Lehrerbildung für das Reich einheitlich geordnet werden. Auch dieses Reichsgesetz müsse mit aller Beschleunigung geschaffen werden, da sonst die Schulverwaltungen der einzelnen Länder selbständig mit den notwendigen Neuerungen vorgehen müßten. Auch die Mehrkosten dieser Reform könnten nur mit Hilfe des Reiches angebracht werden.

Artikel 144 der Reichsverfassung bestimme, daß die staatliche Schulaufsicht durch hauptamtlich tätige sachmännlich vorgebildete Beamte auszuüben sei. Entfalle damit das Aufsichtsrecht der Schuldeputationen und anderer städtischer Behör-

den? Scheide damit der Kultusminister, der ja nicht sachmännlich vorgebildet sei, von der Schulaufsicht aus? Auch diese Reform — überall hauptamtliche statt vielfach nebenamtliche Schulaufsicht — erfordert große Kosten und sei wiederum nur möglich unter Beteiligung des Reiches. Das gleiche gelte für den Ausbau der Fortbildungsschule und die übrigen Vorschriften des Artikels 154. Auch seine Vorschriften, daß in den Volkshoch- und Fortbildungsschulen die Lernmittel unentgeltlich sein sollen, sei sehr begrüßenswert, aber noch habe das Reich sich nicht darüber geäußert, wie die Kosten dafür aufgebracht werden sollten.

Ueber die Einheitschule (Art. 146) werde man erst nach der Reichsschulkonferenz sprechen können. Nur die ungeheuren Kosten, welche die Länder allein nicht tragen könnten, ständen schon fest.

Unklar seien auch die Vorschriften der Verfassung in Artikel 147 über die Privatschulen. Von wann an seien die bestehenden privaten Schulen aufzuheben? Wer entschädige oder besorge ihre Besitzer und Lehrkräfte? Dürfe Preußen noch weiter, wie bisher, die Zulassung von Privatschulen von der Prüfung und Befragung der Bedürfnisfrage abhängig machen oder nicht?

Bedeutende Kosten werde auch der Arbeitsunterricht machen. Allein die Ausschüttung der Reichsverfassung an sämtliche abgehenden Schüler (Art. 148) erfordere jährlich eine Million. Der bringende notwendige Ausbau der Volkshochschulen sei ohne energische finanzielle Beihilfe des Reiches ebenfalls nicht durchzuführen.

Zu Artikel 149 werden drei Fragen gestellt: In welchen Schulen der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach sein muß — ob z. B. auch in Fortbildungsschulen — welche Religionsgemeinschaften gemeint seien, und wer die Durchführung der Vorschriften kontrolliere, wonach der Religionsunterricht in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgesellschaft erteilt werden soll.

Die Denkschrift erregte im Auschuß lebhaftes Aufsehen.

## 14. Generalversammlung der Metallarbeiter.

Schlüsse legt den Vorsth nieder.

Aus Stuttgart war Freitag einem großen Teile der Presse — auch uns — die Nachricht übermittelt worden, daß die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes vorzeitig abgebrochen worden sei, weil es sich als unmöglich erwies haben sollte, die inneren Gegensätze zu überbrücken. Eine gewisse Stille fand die Nachricht noch dadurch, daß die ausführlichen Berichte aus Stuttgart vollständig ausblieben. Jetzt stellt sich nun heraus, daß die Nachricht den Tatsachen nicht entspricht. Die Verhandlungen sind fortgesetzt worden, und es ist sogar verschiedentlich zu einem gewissen Einvernehmen der habenden Brüder gekommen. Allerdings Genosse Schilde, der langjährige, bewährte Vorsitzende des Verbandes, hat seinen Posten niedergelegt. Er ist Donnerstag abend dienstlich nach Berlin zurückgefahren. In die Generalversammlung hat er folgenden Abschiedsbrief gerichtet:

„Kollegen, Kollegen! Nach 28jähriger Tätigkeit setze ich aus meiner Stellung als Verbandsvorsitzender. Ich tue dies mit gemischten Gefühlen, aber in Erfüllung meiner Pflicht. Daß mir der Abschied nicht leicht wird, brauche ich nicht zu erklären. Ich war dazu entschlossen, noch ehe die Mehrheitsverhältnisse der heutigen Generalversammlung feststünden. Die Entwicklung, die unser Verband genommen hat, machten es mir unmöglich, auch nur einen Teil der Verantwortung zu tragen, die das Amt des ersten Vorsitzenden verlangt. Ich scheide in der Ueberzeugung, daß die jüngste Entwicklung des Verbandes unseren Mitgliedern nicht zum Vorteil gereicht. Nachdem aber das Wort die Wahrheit über die Tat errungen hat, muß ich als aufrichtiger Mann, der zu sein ich stets bemüht habe, mich von euch trennen. Ich bin überzeugt, daß die Arbeiterbewegung, wie jede Volksbewegung, etwaige Fehler aus sich heraus berichtigt. Sie hat das bisherige Bestreben mit großen Opfern. Diese zu vermeiden, war mein aufrechtes Bestreben. Wir bedürfen zum Wiederaufbau unserer Wirkkraft jeder Kraft. Diese geht von der Arbeiterkraft aus und muß von ihr ausgehen.“

Darum ist die Einigkeit, die Geschlossenheit der Arbeiter erstes Gebot. Sie zu erreichen, war mir stets vornehmste Aufgabe. Ihr ent-

## Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

15. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Die letzten Worte waren vom Winde schon halb verweht, aber Bert hatte sie doch noch vernommen. Und schmunzelnd dachte er bei sich: welche seine Komödiantin Anna doch sei! Aber dann stützte er, und wie ein leichter Schatten fuhr der Gedanke ihm durch den Kopf: vielleicht war sie wirklich glücklich? Nach Unglück hatte sie zum wenigsten nicht gerade ausgesehen. Aber wie war das möglich! Glücklich mit einer solchen unzulänglichen Bestie, mit einem geschmacklosen Parvenü ohne jede Verfeinerung, mit einem Kerl, der früher Schmied, Erdarbeiter, und Gott weiß was gewesen war!

Was Anna anging, so hatte sie sich vorgenommen, mit ihrem Manne ein so angenehmes Leben wie nur möglich zu führen. Sie war klug, geschmeidig, nicht mehr zu jung und gesellschaftlich genügend dressiert, um sich nicht von ihren Gefühlen hinreißen zu lassen, so ferne sie rief, sich den Eigenheiten Horstmanns zu unterwerfen. Da die Abwechslung der Reize, die Möglichkeit sich jeden Luxus zu gestatten, ihr gefiel, so war sie eine Begleiterin voll heiterer Laune, unterhaltend, bald spitzhaft, bald sentimental, aber nie verbeißlich. Sie verjüngte sich förmlich in diesen vier Wochen. Nachdem sie einmal den Widerwillen und die Zucht der ersten Tage abgelegt hatte, machte es ihr Vergnügen, ihm Gefühle vorzuheucheln, die sie nicht besaß, die aber ihn erschütterten und in Aufruhr brachten.

Aber schon nach kurzer Zeit wußte sie nicht mehr, ob sie log oder die Wahrheit sagte, wenn sie ihm Schmeichele und ihm halb verstoßene Liebesworte zuflüsterte. Diesem Manne gegenüber, der sie wie eine Feder hoch hob und sie in seinen Arm presste, daß ihr der Atem verging, kam sie sich vor wie ein Kästchen gegenüber einem Bären. Er und sie waren nicht bloß so verschieden wie Mann und Weib es sind, sondern er war ein Mensch aus einer anderen Gesellschaftsklasse, den eine Welt des Empfindens von ihr trennte. Und trotzdem gestand sie sich, daß sie mit ihm glücklich war.

Dazu kam, daß er mehr gute Seiten besaß, als sie geahnt hatte. Er war freigebig bis zur Väterlichkeit, erfüllte ihr jeden Wunsch, überhäufte sie mit Geschenken, gab ihr so viel bares Geld in die Hand, wie sie nur ausgeben konnte, und als sie in Monte Carlo gleich am ersten Abend zweitausend Franken verlor, hatte er nur gutmütig gelächelt. Er war lenksam, geduldig, betete seine Frau an, erblühte in ihr die höhere Intelligenz, folgte ihren Anordnungen, sprach ihre Meinungen nach, als wenn er selbst wieder eine eigene Meinung, noch eigenen Willen besaße. Zudem schien er nicht eifersüchtig. Bei einer Hotelkonvention in Mentone, wo sie zufällig Bekannte trafen, hatte Anna den ganzen Abend über ge-

tanzt. Als sie am nächsten Morgen wieder im Zuge saßen, fragte sie übermüdig ihren Mann, ob er nicht ein bißchen böse wäre?

Er lächelte ganz erstaunt.

„Da ich nicht tanzen kann, und dir tanzen Vergnügen macht, mußst du dich schon an andere halten. Das ist doch höchst einfach.“

„Aber, wenn wir nur nach Düsseldorf zurückkommen, und ich gebe recht viele Gesellschaften und halte mir einen kleinen Staat von Courmachern — die finden sich schon von selbst — wirst du dann auch nicht eifersüchtig sein?“

„Ne!“ sagte er trocken, indem er seine Zigarre aus dem Munde nahm. Und nachdem er eine kleine Weile nachgedacht:

„Ich will dir sagen, wie ich mir die Geschichte denke. Was mich betrifft, ru, zum Gesellschaftsmenschen bin ich nicht geboren, und das ist doch schließlich der Anfang. Aber trotzdem mach es mir Spaß, wenn Leute zu mir kommen und sich bei mir amüsieren. Und dafür sollst du da sein. Du sollst den Gästen gefallen, damit sie sich bei mir wohlfühlen und nicht bloß der guten Zigarren wegen kommen. Die Leute sollen sagen: Der Mann — das ist ein guter Kerl und da brauchen bei seiner Arbeit kann er was, aber im übrigen ist er doch ein Quote. Aber die Frau — die ist entzündend.“

Anna runzelte leicht die Stirn.

„Sprich nicht so! Niemand wird von dir ein so häßliches Wort sagen. Es soll sich mal einer unterheben!“

„Na ja.“ meinte er gutmütig lachend. „vielleicht drücken sie sich höflicher aus.“

„Nein! Sondern alle sollen dich bewundern. Sie sollen Ehrfurcht vor dir bekommen. Deine Verdienste sprechen ja für sich selbst. Und denen, die noch dran zweifeln, werde ich sie schon ordentlich unter die Nase reiben.“

Er rückte dicht an ihre Seite und nahm sie in seinen Arm. „Siehst du, mein Schatz, wenn sie denn alle so vor dir herum-springen wie die Kinder vorm Kuchenladen — dann sieh ich in meiner Ede und denke: Springt nur ihr Affen! Mir gehört sie doch.“

Sie gab ihm einen Kuß.

„Es sind lauter Affen, das ist das richtige Wort. Man kann sich über sie mal amüsieren. Aber mehr auch nicht. Gott, wie sie mir im Grunde alle langweilig sind!“

Eine Weile saßen sie einander in die Augen. Ihr Gesicht hatte einen aufmerksamen Ausdruck, als wenn sie seine Blicke studierte.

Sein Gesicht strahlte vor Glück. Sie fuhr ihm mit ihrer geschmeidigen linken Lade über die Stirne.

„Du hast eine wundervolle Stirn Cuckoo! Da diese Bude! über den Augen, darin steht das Genie, hab ich mal gelesen. Ach, du mein genialer Kerl du, wie ich dich liebe!“

Sie küßte ihn und ließ sich von ihm umarmen, und während ihr unter jenem Arm schwarz vor Augen wurde, ihr Atem stockte ihr Herz immer wilder schlug, überkam sie ein Gefühl, wie sie als Kind manchmal im Schlaf gehabt, wenn sie träumte, daß aus der Ede des dunklen Kellers hervor ein Mann sich auf sie stürzte, der sie erdroffeln wollte, doch ohne ihr weh zu tun, ein Gefühl vor Ekel und Entzücken.

Dann entließ sie ihn, ließ seinen Armen, und sah zum Fenster hinaus, als wenn sie sich schämte, und fragte sich voll Verwunderung: ob es denn wirklich möglich sei, daß sie diesen Mann liebte?

Ein einziges Mal auf der Reise hatte sie einen Ausritt gegeben, jedoch Anna sich über ihren Mann wirklich entsetzt. In der Niagara Hotel, wo sie logierten, war ein Zimmerkellner, dessen unverschämtes Weisen sie fortwährend geärgert hatte. Als sie eine Nachmittags, während ihr Mann noch im Kaffeehaus Zeitung las, allein in ihr Zimmer zurückkam, fand sie den Menschen, mit ihr auf dem Tische zerstreuten Sachen durchwühlte. Sie hielt ihn zur Rede, doch er behauptete achselzuckend kein Deutsch zu verstehen, obgleich er bis dahin ihre deutsch gegebenen Befehle ausgeführt hatte. Anna teilte aufgeregt den Vorfall ihrem Manne mit. Dieser, dem gleich bei ihren ersten Worten die Zornesader in der Kehle wogeln war, schellte und befahl dem Kellner, den Direktor zu rufen. Der Kellner zuckte die Achseln und erwiderte mit geringfügigem Lächeln: er verstehe kein Deutsch.

„Sie verstehen kein Deutsch?“

„Rats! ja! de ja dit.“

„Dann sollst du es lernen, du Vieh!“ brüllte Horstmann, in einer plötzlichen Wut gepackt. Und den klapperigen Menschen in seinem tief ausgeschlittenen Kragen fassend, presste er ihm gegen die Wand und schlug ihn dermaßen ins Gesicht, daß ihm das Blut aus Mund und Nase flürzte. Anna schrie laut auf vor Entsetzen. Es gab einen furchtbaren Aufruhr in dem hauptsächlich von Fremden besetzten Hotel, wo man ohnehin den Deutschen nicht gütig wog. Wie in ihrem Leben hatte Anna einen Menschen unmenchlich toben hören wie ihren Mann. Auf ihr stehendes Ansehen ließ der Direktor schließlich herbei, für seinen Angeklagten fünfhundert Francs Schmerzensgeld anzunehmen, jedoch sie wies stens mit der Polizei nichts zu tun belamen. Sobald das Geld paar sich allein befand, schmaugte Horstmann, noch immer dunkel rot und bebend vor Aufruhr, seine Frau an:

„Daß die Koffer, mach, wir reisen ab.“

Fortsetzung folgt.

gegenüberstehen, ist mit stets als das größte Verbrechen an der Arbeiterschaft. Das ist es heute mehr denn je. Der Deutsche Metallarbeiterverband ist mein Lebensinhalt. Die Vereinerung der Metallarbeiter, geistiger wie Handarbeiter, ist mein Ideal seit einem Menschenalter. Den Gedanken in den Massen geschleudert, ihn konsequent verfolgt und gepflegt zu haben, ist und bleibt mir Genugtuung.

Kollegen, Kolleginnen! Ihr steht vor schweren Aufgaben. Nur Eure Einigkeit kann sie lösen. Wollt Ihr Euch Enttäuschungen ersparen, stellt Euch auf den Boden der Wirklichkeit. Laßt Euch nicht blenden durch Worte, scheldet nicht aus die Stimme der Erfahrungen, die in der Verbandsleitung verkörpert ist. Erschwert dieser nicht ihre Aufgabe. Beurteilt sie wie Euch selbst. Die Gewerkschaftsbewegung ist ihren Gang zwangsläufig gegangen. Sie wird ihn weiter zwangsläufig gehen. Sie zieht die führenden Götter in ihren Bann. In der Praxis gerichtet lebe ihr fremde Theorie. Als Gegner von Enghirsen, denen die Macht zur Durchsetzung fehlt, habe ich stets vor ihnen gewarnt. Das ist der Gegenstand in unseren Anschauungen. Ihn zu überbrücken, fühle ich mich schwach, besonders wo der Wille dazu zu fehlen scheint. Darum trete ich in die Reihen der Mitglieder zurück, getragen von der Überzeugung, dadurch die der Metallarbeiterschaft so notwendige Einigkeit erhalten zu können.

geg.: Alexander Schilde.

## Reich und Ausland.

**Schneeall in Thüringen.** In ganz Thüringen ist in den letzten Tagen harter Schneefall eingetreten. Der Schnee ist überall liegen geblieben. Das ganze Gebirge ist in Weiß gehüllt.

**Mörder Mord.** Thorner Blättern zufolge wurde im Abbau von Pyrawasswa die aus 8 Köpfen bestehende Familie des Besitzers Mord ermordet aufgefunden. Es wird Raubmord vermutet.

**Ein Schußmann von Einbrechern erschossen.** In der Nacht zum Freitag ist in Würzburg der verheiratete Schußmann Loh von Einbrechern, die er überrascht, erschossen worden. Die Täter sind entkommen.

**Ein rheinischer Ort von einer Bande überfallen.** In einem der letzten Tage wurde der Ort Hermsdorf (Reg.-Bez. Trier) von einer 60 Mann starken Bande überfallen und auszuplündert. Die wehrhaften Männer schlugen die Räuber nach hartnäckigem Kampfe in die Flucht; einer der Räuber war tot, ein anderer hatte einen gefährlichen Lungenschuß. Es waren jugendliche Arbeiter aus der Nachbargegend.

## Theater und Musik.

**Der Faust-Zyklus.** Als unser Stadttheater bei Eröffnung der Spielzeit ankündigte, daß es sich mit der Absicht trage, den Faust-Gebanten entwicklungsrichtig zu behandeln, wurde diese löbliche Absicht bis weit über die Grenzen Lübeds hinaus auf das freudigste begrüßt. Sonntag mittag hat nunmehr die erste Veranstaltung im Faust-Zyklus stattgefunden. Herr Karl Heidmann hielt einen Vortrag über den Faust- und Erlösungsgedanken in der Weltliteratur, so weit das im Rahmen eines einstündigen Vortrages möglich ist. Es soll vorbehaltlos zugegeben werden, daß Herr Heidmann den Stoff gut beherrschte und es auch verstand, das Wesentlichste in

anspruchsvoller Form herauszuschälen. In kurzen, klaren Strichen wies er nach, wie bei allen Bühnen in der Erlösungsgedanke in Literatur wie Religion seinen Niederschlag gefunden hat, selbstverständlich je nach dem Klima und anderen Bedingtheiten in einer verschiedenartigen Ausdrucksform. In deutschen Landen trat bereits frühzeitig der Erlösungsgedanke in Verbindung mit der Faustsage auf, indem man an das Leben und die Taten jenes großen Schwärzkinners, der nachweislich in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts gelebt hat und auf Messen und Jahrmärkten seine schwarze Kunst zum besten gab, anknüpfte und darzutun versuchte, wie jeder sich um seine Erlösung bringe, der einen Pakt mit dem Bösen, verkörpert, nach mittelalterlicher Auffassung, in der Gestalt des Teufels, eingeht. In kurzen Umzügen versuchte der Vortragende dann nachzuweisen, wie schon sehr bald die selbständigen poetischen Bearbeitungen der Faustsage begannen. Ein solches deutsches Volksbuch, dem die Faustsage zugrunde lag, geriet in einer Uebersetzung auch nach England und beeinflusste dort Shakespeares großen Vorgänger Marlowe (gest. 1593) zu einer Tragödie, aus der dann später viele Säle in den Goetheischen „Faust“ übergegangen sind. Der Marlowesche „Faust“ wurde von englischen Komödianten auch nach Deutschland gebracht und erfuhr hier durch Zusätze mancherlei Art seine Umwandlung zu einem echt deutschen Volksstück, das in vielfacher Um- und Bearbeitung ein langes Leben fristete, bis dann schließlich Johann Wolfgang Goethe als Vollerben kam, und das Volksstück in die große Traödie umgab, die heute einen weithin sichtbaren Markstein der Weltliteratur bildet. Im Anschluß an den ansprechenden Vortrag des Herrn Heidmann brachten dann Kölsche Künstler „das Puppenpiel von Doktor Faust“ zur Vorführung. Auf der Bühne war ein ziemlich großes Puppentheater aufgebaut. Die Personen im Spiel hielten im Charakter gut geschnittene Holzpuppen. Auch die sonstige Ausstattung der kleinen Puppenbühne ließ nichts zu wünschen übrig. So wurde vor uns ein Stück Mittelalter lebendig. Da unsere Vorfahren nicht plüde waren, derbe Späße hoch bezogen, so fehlte es auch daran nicht, da man nach Möglichkeit an dem alten Puppenpiel nichts Wesentliches geändert hatte. Vor dem Kriege würde vielleicht manch einer und manch eine, die sich unter den Zuhörern befanden, gewisse derbe Späße Hans Wursts (Kasperles) als „Shocking“, als anstößig und beleidigend empfunden und den Saal lustig verlassen haben. Die Anschauungen haben sich jedoch erfreulicherweise geändert. Es blieb dabei, daß einige junge Mädchen ziemlich laut kicherten, als Hans Wurst dem Herzog von Porra seine Winde ins Gesicht sties. Jedenfalls erfüllte diese erste Veranstaltung im Faust-Zyklus ihren Zweck in jeder Beziehung. Nach dieser gelungenen Ouvertüre darf man den weiteren Veranstaltungen im Zyklus mit hochgespannten Erwartungen entgegensehen. Das geräumige Haus war, soweit sich bei der herrschenden Dunkelheit erkennen ließ, bis auf den letzten Platz besetzt und machte aus seiner Zufriedenheit mit dem, was ihm geboten wurde, kein Hehl.

**Stadttheater.** „Eine Nacht in Venedig“, Operette in 3 Akten von Bell und Cene. Musik von Johann Strauß Intendant: Daemann hat diese schon halbvergessene Operette vor Jahresfrist wieder neu aufgearbeitet und damit den Kurgästen von Baden-Baden eine Freude bereitet. Das war das gute Beispiel, dem andere Theaterleiter gefolgt sind. Am Sonnabend durchschwärzte nun auch ein zahlreiches Lübeder Publikum diese venezianische Nacht, über die Johann Strauß aus seinem reichen Füllhorn hübsche, leicht anstreichende Melodien, Tanzweisen und

andere, ausschüttete. Die Handlung: Rächtliches, ausgelassenes Karnevalstreiben in der Laocenenstadt. Entführungsgeschichten, bei denen Senatorenkarikaturen der lebende Teil sind, aber auch der prinzipielle Liebhaber nicht sein Ziel erreicht, da für entförende Verwicklungen gesorgt wird. Herr v. Kutschkenbach, der die Regie führte, hatte die erforderliche Stimmung auf der Bühne, die auf das Publikum überströmte, und einen passenden szenischen Rahmen geschaffen. Die Herren Rogland, Sabbia und Lubewias traten als Liebhaber verschiedener Art erfolgreich hervor, während die Damen Gander und Buchholz durch frisches Spiel, erfreulichen Gesang und appetitliches Neuhere diese Liebhaber und die Zuhörer für sich gewannen. Sehr drollig gab Herr Saalmann einen vertrateten „Senator“. Da auch die f6rigen Mitwirkenden ihre Schuldigkeiten taten, so gab es einen Sieg auf der ganzen Linie.

## Welt und Wissen.

**Der Vater der Statistik.** Am 20. Oktober sind 200 Jahre dahingegangen seit dem Tage, an dem in Elbing Gottfried Achenwall geboren wurde. Wir w6rden heute wenig Anlaß haben, dieses Mannes zu gedenken, der als Lehrer an der G6ttinger Universit6t wie viele andere Professoren wirkte, wenn er nicht im Verlaufe seiner Studien eine ganz neue Wissenschaft begr6ndet h6tte, die heute die gr66ste Bedeutung besitzt: die Statistik. Achenwall hatte durch gro6e Reisen in Holland, Frankreich, der Schweiz und England seinen Blick 6ber die deutschen Verh6ltnisse hinaus geweitet und war zu der Erkenntnis gekommen, da6 die ver6st6rkeren Zust6nde in den einzelnen L6ndern nur durch eine enge Beziehung aufeinander in das rechte Licht ger6ndt werden k6nnten. Als er daher in G6ttingen als Professor des Naturrechts in der juristischen Fakult6t anstellt wurde, beherrschte er seine Arbeiten bald auf das geschichtliche Gebiet aus und hat in Vorlesungen und Schriften dem Studium der politischen Geschichte die Wege vorgezeichnet, die dann zwei andere ber6hmte G6ttinger Historiker, Sch6ler und Spittler, weiter beschritten. Indem er aber das Gebiet der Geschichte zu einer allgemeinen kulturellen Betrachtung erweiterte und unter dem Begriff der „Staatskunde“ eine vergleichende Betrachtung der kulturellen Erscheinungen einf6hrte, ward ihm die ungeheure Bedeutung der statistischen Erhebungen klar, die dann sein Fortsetzer Gatterer in seinem „Ideal des Weltstaates“ als einen notwendigen Teil der Geschichtswissenschaft erwies.

## Eingegangene Druckchriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 3. Heft vom 1. Band des 38. Jahres erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Deutschland und der Wiederaufbau Nordfrankreichs. Von E. L. Ingel. — Zur6ck zur Arbeit! Von Richard W. O. D. — Schulk6mpfe und Kompromisse im deutschen Verfassungswesen. Von Max Quack. N. d. R. III. (Schlu6.) — Neue Schriften 6ber Sozialismus und Sozialreform. Angezeigt von Karl Vorl6nder (M6nster i. W.). — Notizen. Die „Neue Zeit“ erscheint w6chentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 6.50 Mk. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur f6r das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 50 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verf6gung.

## Ausgabe von L6beder Kantabul.

In der Woche vom 20. 10. bis 26. 10. werden Kantabulstarten der Reihe A, B nach dem folgenden Plan geliefert. Die einzelne Karte kann nur bei der angegebenen Verkaufsstelle vorgez6gt werden. Mit der Karte ist der Lebensmittelaussweis des Inhabers vorzulegen.

### Innere Stadt.

Reihe A	1—200	bei Ad. Wichmann, Bedergrube 56.
	201—400	Carl Schriever, Schw6nneckenquerstra6e 13.
	401—600	H. Schering, Kupferschmiedestra6e 19.
	601—800	W. Zoll, Kleine Burgstr. 14.
	801—1000	M. Reblen, Cnoelstra6e 27.
	1001—1200	Johs. Braede, Dankwartsgrube 37.
	1201—1700	G. Th6rnerberg, Alfstra6e 15.
	1701—1812	F. B6uthien, Engelsgrube 35.
B	1—238	Hugo Becker, Glodengie6erstra6e 1.
	239—438	G. Wittlich, S6rstra6e 18.
	439—638	Wichmann Redig. Dietz, G6rterdamm 12 a.
	639—838	Hinrich Buss, Breite Str. 55.
	839—1038	O. Schlamm, K6nigsstr. 48b.
	1039—1238	Ferd. Wilke Ww., K6nigsstra6e 119.
	1239—1438	Franz Schwedt, Gr. Burgstra6e 29/31.

Rolle 40 Pfg. Verkauf Abschnitt 4. (8894)

## Warenausgabe

in der Woche vom 20. bis 26. Oktober 1919.  
Die H-WaGuna S6rlo6 wird nicht auf Abschnitt 173, sondern auf 172 der Warenkarte verabfolgt.

Meistere erfahrene

## Klempner

und 6ltere erfahrene

## Autogenschwei6er

stellen ein

Stanz- u. Emailierwerk

## vorm. Carl Thiel & S6hne

Offtiengesellschaft. 8900

Gesucht ein Klempnergefelle

F. Stamer, Klempnerm6r., St. Annenstra6e 18.

Anna Bruhns  
Emil Sandgaard  
Verlobte. (8913)  
L6beck, 19. Oktbr. 1919.

Berta Lesgr6n  
Willi M6ller  
Verlobte. 8907  
L6bed, Oktober 1919.

F6r die vielen Gratulationen und Geschenke zur Hochzeit legen herzlichsten Dank (8905)  
J. Heick und Frau  
geb. Surmann.

Ein Schie6karr6 und Wringmaschine zu verkaufen. 8908  
Brolm6rstr. 8.

Zu verl. eine wei6e Krimmer-Garnitur f6r M66chen und dreierm6ige Gastrone. 8818  
Bl6cherstra6e 27.

Kinderwagen, Babyford, St6hlschlitten zu verl. 8903  
Schwarz. Allee 36.

Einige Tausend Himbeer-Obstb6rber- und W6rtling-Obstb6rber zu verkaufen. 8904  
H. Lange, Mori.

Gro6e Partie Ferkel stehen am Dienstag nachm. von 2—4 Uhr in Kr6gers Gasthof, Trabem6nde zum Verkauf. 8912

Gro6e Partie Ferkel stehen am Dienstag nachm. von 5—6 Uhr in Hartmanns Gasthof, R6dte, zum Verkauf. 8913

## Zur Einnachezeit

verwende jede Hausfrau die seit Jahren beliebten Marken:

Echter

Echter

## Suroi Essig Ceka

der beste

der ges6sste

besonders preiswert und vorz6glich als Einnache-, Haushaltungs- u. Salat-Essig.

zum Einnachen und als Salat-Essig mit allen Gew6rzen, festig zum Gebrauch. Erspart jeden Zuckerzusatz.

In Originalflaschen 6berall erh6ltlich. — Man achte auf die Namen Suroi und Ceka und weise Nachahmungen zur6ck. (8901)

L6beder Essig- u. Senf-Fabrik Gebr. Buck & Wiegels G. m. b. H.

K6nigsstra6e 100.

L6beck

Telephon 369.

Verloren gegangen e. Kinderst6hlschub neu beschl., Bedergrube bis Engelsgrube. Bitte abzugeben 8924  
Ginsedelstra6e 18 a.  
Am Gitter h6ngen geblieben ein brauner Kinder-mantel in der Schwartauer Allee. Abzug. g. Belohnung 8923  
Ludwigstr. 55. II.

Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919. Textausgabe mit Sachregister. Preis M. 1.10.  
Buchhandlung  
Fr. Meyer & Co.

Rechnungs-Formulare werden hergestellt in der Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co. Buchhandlung. Johannisstr. 46.

Visitenkarten fertigt an Friedr. Meyer & Co. Johannisstra6e 46.

Der

## Neue - Welt - Kalender

f6r 1920

zu beziehen durch

## Friedr. Meyer & Co.,

Buchhandlung. Johannisstra6e 46.

Interessenten werden ersucht, denselben baldigst zu beziehen, da nur eine kleine Anzahl Exemplare vorhanden ist.

## Deutscher Transportarbeiter - Verband.

Ortsverwaltung L6beck.

## Achtung Kraftwagenf6hrer!

## Oeffentliche Versammlung

f6r alle Kraftwagenf6hrer und Automobilmonteure

am Dienstag, dem 21. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

1. Bericht von der Reichskonferenz in Stuttgart.  
2. Verschiedenes.  
Der wichtigen Tagesordnung halber ist das Erscheinen f6r alle Kollegen dringend notwendig. 8914  
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Hallen. Morgen Dienstag: Gr. Tanzkr6nzchen Sonnabend: Grosser Ball.

Am Sonnabend, dem 18. d. Mts. starb infolge eines Unfalles im Dienst unser Leitungsinspektor

## Herr Paul Krohn.

Wir verlieren in dem Verstorbenen einen selten r6chtigen und pflicht-treuen Beamten, dessen Andenken wir stets in Ehren und treuem Gedenken halten werden. (8926)

## „Siemens“ Elektrische Betriebe A.-G.

Ueberlandzentrale L6beck.

Am Sonnabend, dem 18. d. Mts. verstarb bei Aus6bung seines Berufes durch Ungl6cksfall unser lieber Leitungsinspektor

## Paul Krohn.

Wir verlieren in dem Entschlafenen einen Kollegen, dessen Wirken ein Vorbild f6r alle seine Mitarbeiter war und dessen Verlust wir aufrichtig bedauern. (8925)

## Die Angestellten der „Siemens“ Elektrischen Betriebe, A.-G. Ueberlandzentrale L6beck.

L6beck, den 20. 10. 1919.